

Sönke Kunkel, Johanna Sackel

Ressourcenräume: Seerecht, Geopolitik und Wissenschaftsdiplomatie zwischen den Seychellen, Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland um 1980

„Forschung deckt den Tisch für morgen“ war das Motto eines Mittagessens, zu dem das Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT) im August 1976 einlud. Gekommen waren etwa fünfzig Journalist:innen, gereicht wurde ein fünfgängiges Menü der Zukunft: Zum Apéritif Sojabohnen, die mittels Abwärme aus Kraftwerken gezogen worden waren, dann *Hors d'œuvre* mit chinesischen GrASFischen aus der Aquakultur, gefolgt von einer Krillcremesuppe mit grünem Algenbrot. Als Hauptgang servierte das Ministerium einen Fang von der gerade zu Ende gegangenen Antarktisexpedition, den „*Notothenia Rossi Marmorata*“. Ein Gast beschrieb ihn als einen „etwas mürrisch aussehende[n] Fisch im Format eines kapitalen Karpfens“¹, der aber ganz passabel zu schmecken schien. Zum Dessert gab es Mokka mit Eiweißplätzchen aus fermentiertem Methanol, Methan, Paraffin, Zellulose und kohlenhydratreichen Abwässern.² In seinen Begrüßungsworten stellte Forschungsminister Matthöfer das Mittagessen in den großen Horizont von Meeresforschung und Welternährungsproblem. Meeresforschung trage zur Entwicklung neuer „Ernährungsangebote“ bei, so Matthöfer, und helfe damit, den Hunger und die „Proteinlücke“ in der Welt zu bekämpfen.³

Die geladenen Restaurantkritiker waren weniger euphorisch. Gegen die Bekämpfung des Welthungers sei nichts einzuwenden, schrieb Wolfram Siebeck im *Stern*, aber nach kulinarischen Maßstäben beurteilt schmeckte der beim Mittagessen gereichte Krill so wie „viele andere Massenprodukte der Nahrungsmittelindustrie. Also mäßig.“ Nach Siebecks Schilderung war der als Hoffnungsträ-

1 Peter Lohse, „Zur Krillcreme-Suppe gab's grünes Algenbrot“, *Handelsblatt*, 18. August 1976, in: B 196/27610, Allgemeine Ernährungsfragen – Welternährung, Bundesarchiv Koblenz.

2 Vgl. Essen auf Einladung von Bundesforschungsminister Hans Matthöfer am Dienstag, 17. August 1976, Speisekarte; vgl. auch das Informationsblatt „Forschung deckt den Tisch von morgen: Neue Nahrungsquellen für die Welt“, beides in: B 196/27610, Allgemeine Ernährungsfragen – Welternährung, Bundesarchiv Koblenz.

3 Bundesforschungsminister Hans Matthöfer anlässlich des Essens „Forschung deckt den Tisch für Morgen“ am Dienstag, 17.8.1976, in: B 196/27610, Allgemeine Ernährungsfragen – Welternährung, Bundesarchiv Koblenz.

ger geltende Krill als Paste „auf ein altbackenes Stück Weißbrot geschmiert und, wohl um bei den Gästen keinen kulinarischen Übermut aufkommen zu lassen, mit gehackten Zwiebeln bestreut“ worden. Man könne nur hoffen, so Siebeck, „dass später, wenn die natürlichen Nahrungsmittel knapp sind und wir uns von dieser Krillpaste ernähren müssen, auch Zwiebeln selten werden. Damit wir sie uns weder roh noch gehackt leisten können.“ Siebecks Erwartungen an die Ernährung von morgen waren nach dem gemeinsamen Mittagessen gering. „Wer jemals eine ostpreußische Krebssuppe oder den herrlichen Sud löf-felte, in dem die Elsässer ihre Flusskrebse kochen“, resümierte er, „dem wurde bei der Krillsuppe wieder einmal klar, dass die Zukunft trübe sein wird.“⁴

Mitte der 1970er Jahre war die trübe Krillsuppe symptomatisch für den Zustand des Fischereiwesens in der Bundesrepublik. In den etablierten Fanggebieten der westdeutschen Fischereiflotte in Nordsee und Nordatlantik waren viele Bestände eingebrochen. Seezunge, Seelachs, Hering und Scholle galten in der Nordsee als „extrem überfischt“, Schellfisch und Kabeljau bereits als überfischt, beim Hering betrug der Laichbestand nur noch ein Zehntel des Nachkriegsbestandes. Spürbar wurde die Krise im Rückgang der Fangerträge, die beim Hering bis 1972 noch jährlich durchschnittlich 721 000 Tonnen betragen hatten, im Jahr 1975 aber nur noch bei 303 000 Tonnen lagen.⁵ Zudem setzten der Bundesrepublik die Entwicklungen im Seerecht zu. Mitte der 1970er Jahre stammten gut zwei Drittel der westdeutschen Fänge aus Fanggebieten vor den Küsten von Drittstaaten.⁶ Gleichzeitig war aber eine wachsende Zahl dieser Staaten dazu übergegangen, exklusive Wirtschafts- und Fischereizonen mit einer Ausdehnung von bis zu 200 Seemeilen zu deklarieren, darunter auch Island und Norwegen.⁷

Das Fischereiwesen der Bundesrepublik stürzten diese Entwicklungen in eine elementare Krise. Zugleich waren sie aber auch Anlass für die ersten großen Investitionen in die Meeresforschung. In den 1970er Jahren legte die Bundesregierung mehrjährige, mit Hunderten von Millionen DM ausgestattete Meeresforschungsprogramme auf, deren erklärter Zweck es unter anderem war, der

⁴ Wolfram Siebeck, „Ich aß, was sonst der Walfisch frisst“, *Der Stern*, 2. September 1976, in: B 196/27610, Allgemeine Ernährungsfragen – Welternährung, Bundesarchiv Koblenz.

⁵ So die Zahlen von Bundeslandwirtschaftsminister Ertl. Vgl. Rede von Bundesminister Ertl, Grundpositionen zur europäischen Fischereipolitik, Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung, Nr. 118 vom 9. November 1976, in: B 196/27610, Allgemeine Ernährungsfragen – Welternährung, Bundesarchiv Koblenz.

⁶ Vgl. ebd.

⁷ Vgl. zum größeren historischen Kontext und den Folgen Ingo Heidbrink, „Deutschlands einzige Kolonie ist das Meer!“. *Die deutsche Hochseefischerei und die Fischereikonflikte des 20. Jahrhunderts* (Bremerhaven: Convent, 2004), Kapitel 8 und 9.

deutschen Fischwirtschaft neue Fischerei- und Fanggebiete in den Ozeanen der Welt zu erschließen.⁸ Forschungsexpeditionen vor die Küste Mexikos und in die Antarktis sollten Fischbestände in den marinen Wirtschaftszonen dieser Staaten erfassen und den politischen Willen zur Zusammenarbeit aufbauen.⁹ Ende der 1970er Jahre rückten in diesem Zusammenhang auch die Seychellen auf den Radschirm der Bundesrepublik. Die weit in den Indischen Ozean hineinragende Inselkette galt als fischreich, verfügte über eine Wirtschaftszone, die gut zweimal so groß war wie die Nordsee, und sollte zum dringend benötigten Rettungsanker für die westdeutsche Küsten- und Kutterfischerei werden.

Zeitgleich versuchte auch Frankreich, eine Fischereipräsenz auf den Seychellen aufzubauen. Frankreich verfügte über eine starke Flotte im Thunfischfang, die ihren Hauptschwerpunkt traditionell im östlichen Atlantik hatte. Im Laufe der 1970er Jahre sank aber die Rentabilität der Fänge, was eine Suche nach neuen Fanggebieten in Gang setzte. Zwischen 1976 und 1983 finanzierte die französische Regierung daher fünf größere Fischereiforschungsprojekte auf den Seychellen. Analog zu den westdeutschen Forschungsprojekten sollten diese Vorhaben Bestandserhebungen in dem bis dahin kaum erforschten Meeresgebiet um die Seychellen durchführen, Fangtechniken erproben, die wirtschaftlichen Potenziale des industriellen Thunfischfangs ausloten und den Zugang zur Wirtschaftszone der Seychellen eröffnen. Umgesetzt wurden diese Projekte im Zusammenwirken von Regierung, französischen Fischereiunternehmen, dem *Office de la Recherche Scientifique et Technique Outre-mer* (ORSTOM) und diversen seychellischen Ministerien und Behörden.¹⁰

Unser Beitrag will im Folgenden die kurze Geschichte dieser bisher kaum untersuchten Fischereiprojekte erzählen.¹¹ Er ergänzt insofern bereits vorhandene Forschungen zur Geschichte der Fischereidiplomatie und schreibt die Ge-

8 Vgl. zur westdeutschen Forschungspolitik Jens Ruppenthal, *Raubbau und Meerestechnik: Die Rede von der Unerschöpflichkeit der Meere* (Stuttgart: Steiner, 2018), 90–97.

9 Zur MEXAL-Expedition nach Mexiko vgl. Jens Ruppenthal, „Neue Nahrung aus der Tiefe: Fischereiforschung und die Technisierung unbekannter Zonen des Ozeans“, *Technikgeschichte* 85 (2018): 85–103. Zur Antarktis-Expedition vgl. Christian Kehrt, „Dem Krill auf der Spur: Antarktisches Wissensregime und globale Ressourcenkonflikte in den 1970er Jahren“, *Geschichte und Gesellschaft*, 40 (2014): 403–436.

10 Vgl. Francis Marsac u. a., *L'Or Bleu des Seychelles: Histoire de la Pêche Industrielle au Thon dans l'Océan Indien* (Marseille: IRD Éditions, 2017).

11 Zum westdeutschen Projekt auf den Seychellen gibt es bisher keine Untersuchung, selbst Ingo Heidbrinks breit angelegte, exzellente Studie erwähnt es nicht. Die französischen Projekte werden behandelt in Marsac u. a., *L'Or Bleu des Seychelles*. Die Autor:innen dieses Bandes sind vornehmlich Zeitzeugen, die an den entsprechenden Projekten mitgewirkt haben, geschichtswissenschaftlichen Standards genügen die Kapitel indes nicht.

schichte dieser Diplomatie bis in die frühen 1980er Jahre fort.¹² Instrukтив ist die Geschichte der Seychellen-Projekte aber auch deshalb, weil sich an ihnen die großen und kleinen Mechanismen von Geopolitik in den internationalen Beziehungen illustrieren lassen. Im Großen entstand im Zuge der dritten UN-Seerechtskonferenz ein neues ozeanisches Raumregime, das für einen postkolonialen Inselstaat wie die Seychellen ganz neue Möglichkeiten der Erschließung und kommerziellen Ausbeutung mariner Ressourcen eröffnete.¹³ Aus der Sicht vieler Küstenstaaten war das Seerecht insofern ein neues und nützliches Mittel von Geopolitik, als es nationale Kontroll- und Verfügungsansprüche über marine Räume massiv ausweitete und völkerrechtlich legitimierte, während es für Staaten wie die Bundesrepublik und Frankreich den Zugang zu einem erheblichen Teil der globalen marinen Ressourcen verschloss. Im Kleinen wiederum mussten Küstenstaaten das im UN-Seerecht verbriefte Recht auf eine exklusive Wirtschaftszone in konkrete alltagspraktische und operative Maßnahmen und Regelungen überführen. Für einen Staat wie die Seychellen machte die eigene Kapitalarmut in Kombination mit der fehlenden Expertise im kommerziellen, auf den Weltmarkt ausgerichteten Fischfang dabei in der Praxis zahlreiche internationale Vereinbarungen im Hinblick auf das Fischereimanagement und den Einsatz geeigneter Fischereitechnologien nötig. Für die Bundesrepublik und Frankreich öffnete dies ein Fenster, um über bilaterale Abkommen Zugang zur Wirtschaftszone der Seychellen zu erlangen. Den Weg dahin sollte die Fischereiforschung ebnen, mittels derer sich Frankreich und die Bundesrepublik einen Einstieg in die kommerzielle Befischung im Indischen Ozean sichern wollten.

Unser Beitrag entfaltet im Folgenden zwei Argumente. Erstens argumentieren wir, dass die Geschichte von Geopolitik nicht auf militärstrategische Formen von ‚Geopolitik‘ eingeführt werden sollte.¹⁴ Strategische Interessen (bzw. Kon-

12 Grundlegend zur Geschichte von Fischereidiplomatie: Nadin Heé, „Negotiating Migratory Tuna: Territorialization of the Oceans, Trans-War Knowledge and Fisheries Diplomacy“, *Diplomatic History* 44 (2020): 413–427. Vgl. zur Frühgeschichte der Fischereidiplomatie in der Bundesrepublik Franziska Torma, „Lebende Ressourcen und symbolisches Kapital: Westdeutsche Fischereiexperten am Golf von Thailand (1959–1974)“, *Geschichte und Gesellschaft* 40 (2014): 354–381.

13 Vgl. Johanna Sackel, *Wem gehört das Meer? Globale Ressourcen und die dritte UN-Seerechtskonferenz (1968–1994)* (Berlin, De Gruyter, 2022).

14 Unser Verständnis von Geopolitik folgt der in der Einleitung zu diesem Band niedergelegten Definition von Geopolitik als „grenzüberschreitende Raumpolitik im Dienste ‚strategischer‘ Staatsinteressen: Sie definiert, abgeleitet von solchen (stets historisch wandelbaren, also konstruierten) Interessen, bestimmte Räume jenseits der eigenen territorialen Grenzen als ‚strategisch relevant‘ und zielt wegen ihrer entsprechenden strategischen räumlichen Eigenschaften

struktionen strategischer Interessen) sind weiter gefasst als Sicherheitsinteressen und umfassen mitunter auch solche Ziele, wie nationalen Fischereifloten den Zugang zu globalen Fischressourcen zu sichern. Zugleich folgen strategische Versuche von Staaten, Einfluss in Räumen jenseits der eigenen territorialen Grenzen aufzubauen, stets unterschiedlichen Mitteln und Wegen. Neben der ‚harten‘ militär- und sicherheitsstrategischen Geopolitik, so unser Argument, gibt es auch Formen einer ‚weichen‘ Geopolitik, die versuchen, Einfluss oder Kontrolle über wichtige Ressourcenräume mittels Seerecht oder wissenschaftlicher Forschung aufzubauen. Zweitens argumentieren wir, dass Frankreich und die Bundesrepublik in den 1970er Jahren Geopolitik zunehmend mittels Wissenschaftsdiplomatie – hier in Form von Fischereidiplomatie – betrieben.¹⁵ Forschungsvorhaben sollten Wissen über (marine) Ressourcenräume aufbauen und gleichzeitig die Türen zu diesen Ressourcenräumen öffnen.¹⁶

Die Zeitgeschichte von „Geopolitik“ ist in der Internationalen Geschichte, zumal der Geschichte der deutschen Außenbeziehungen, wegen der historischen Belastung des Begriffs ‚Geopolitik‘ bisher nur selten untersucht worden.¹⁷ Gleichwohl darf nicht übersehen werden, dass auch die Bundesrepublik Geopolitik betrieb, wenn auch mit anderen Prämissen: nicht mehr im Sinne der völlig diskreditierten nationalsozialistischen Vertreibungs- und Verdrängungspolitik des vermeintlichen ‚Volkes ohne Raum‘, sondern unter dem Primat der Suche nach und Sicherung von globalen Ressourcen, auf welche die Export- und Volkswirtschaft der Bundesrepublik angewiesen waren.¹⁸ Am Beispiel der hier untersuchten Fischereiprojekte kommen so Strukturveränderungen und Mecha-

darauf ab, Einfluss und Kontrolle über solche Räume aufzubauen, zu erhalten oder den Einfluss anderer ‚Raummächte‘ abzuwehren“.

15 Vgl. zu Wissenschaftsdiplomatie Sönke Kunkel, „Science Diplomacy in the Twentieth Century: Introduction“, *Journal of Contemporary History* 56 (2021): 473–484; ders. „Globales Wissen und Science Diplomacy im 20. Jahrhundert: Eine Bestandsaufnahme“, *Neue politische Literatur* 65 (2020): 19–43. Unter Wissenschaftsdiplomatie verstehen wir in einem weit gefassten Sinne Formen grenzüberschreitender politischer Interaktionen in, für und durch Wissenschaft.

16 So argumentiert auch Kehrt, „Dem Krill auf der Spur“.

17 Ausnahmen sind etwa: Ulrike Jureit und Patricia Chiantera-Stutte (Hrsg.), *Denken im Raum: Friedrich Ratzel als Schlüsselfigur geopolitischer Theoriebildung* (Baden-Baden: Nomos, 2021), sowie Ulrike Jureit, *Das Ordnen von Räumen: Territorium und Lebensraum im 19. und 20. Jahrhundert* (Hamburg: Hamburger Edition, 2012). Eine kaleidoskopische Umkreisung liefert Karl Schlögel, *Im Raume lesen wir die Zeit: Über Zivilisationsgeschichte und Geopolitik* (München: Hanser, 2003). Einen Überblick zur älteren Forschung gibt Jürgen Osterhammel, „Die Wiederkehr des Raumes: Geopolitik, Geohistorie und historische Geographie“, *Neue Politische Literatur* 43 (1998): 374–397. Zu Ansätzen in der Geschichte der US-amerikanischen Außenbeziehungen vgl. Jeremy Black, *Rethinking Geopolitics* (Bloomington: University of Indiana Press, 2024).

18 Zu Geopolitik und NS-Vernichtungspolitik vgl. Jureit, *Das Ordnen von Räumen*.

nismen von Geopolitik in den Blick, derer sich andere Länder wie Frankreich oder auch die USA ebenso bedienten.¹⁹

Unser Beitrag versucht im Folgenden, einige mögliche Konturen einer kultur- und wissenshistorisch eingebetteten Zeitgeschichte von Geopolitik herauszuarbeiten. Abschnitt 1 beschreibt zunächst, wie postkoloniale Küstenstaaten mittels Seerecht Geopolitik machten. Abschnitt 2 skizziert kurz die Geschichte der Seychellen um 1980, Abschnitt 3 untersucht dann die Genese der westdeutschen und französischen Fischereiprojekte auf den Seychellen und die damit verbundenen Erwartungen. Abschnitt 4 schließlich untersucht den Verlauf der eigentlichen Projekte und beschreibt, wie sie Annahmen über den Raum veränderten und damit letztlich zu einer Ökonomisierung der Raumbetrachtung beitrugen.

Raumordnung: Dekolonisierung und Seerecht

Seit Hugo Grotius 1609 die Freiheit der Meere postuliert hatte, existierten zwei Konzepte, die den Meeresraum rechtlich strukturierten. Erstens das 3-Seemeilen-Territorialmeer, das auf Cornelis van Bynkershoek zurückging, der erklärt hatte, die territoriale Souveränität ende dort, wo auch die Macht der Waffen ende. Außerhalb dessen herrschte, zweitens, die besagte Freiheit der Meere, von Grotius als Rechtsgrundsatz formuliert insofern, als niemand ein Eigentum an den Meeren beanspruchen dürfe und diese folglich allen Nationen als internationale Gewässer für die Handelsschifffahrt zur Verfügung stünden.²⁰

Im Zuge technologischer Entwicklungen in Industrie und Forschung, gepaart mit ressourcenpolitischen Erwägungen, wurde dieses mehrere Jahrhunderte lang praktizierte Völkergewohnheitsrecht im 20. Jahrhundert zunehmend infrage gestellt. Es setzte ein Prozess ein, der sich rückblickend als Verzonung der Meere interpretieren lässt und von nicht wenigen Zeitgenossen als Umverteilung wahrgenommen wurde – insbesondere von Fernfischerei betreibenden Staaten.

Im September 1945 proklamierten die Vereinigten Staaten die Kontrolle über die Ressourcen des Festlandsockels sowie Fischereischutzzonen in den an

¹⁹ Vgl. zu den USA mit einem ähnlichen Fokus auf die Suche nach Ressourcen: Megan Black, *The Global Interior: Mineral Frontiers and American Power* (Cambridge: Harvard University Press, 2018).

²⁰ Vgl. Wilhelm G. Grewe, *Epochen der Völkerrechtsgeschichte* (Baden-Baden: Nomos, 1988), 315 f.

die Küsten der Vereinigten Staaten angrenzenden Gebieten der Hohen See. Dabei handelte es sich um den Versuch, Kontrolle über marine Ressourcen zu erlangen und sie US-amerikanischer Souveränität zu unterstellen. Dieser unilaterale Vorstoß blieb mehr oder weniger un widersprochen und setzte ein Signal, das eine regelrechte Expansionswelle zur Folge hatte. Zahlreiche südamerikanische Staaten und später auch andere Küstenstaaten riefen ihrerseits Fischereizonen aus und begründeten dies ausdrücklich auch damit, sich vor dem „Fischereiimperialismus“²¹ der Industrieländer schützen zu wollen. Dabei gingen einige durchaus noch ein Stück weiter als die Vereinigten Staaten. So beanspruchten etwa Peru und Chile 1947 die Jurisdiktion nicht nur über die in den Gewässern befindlichen Ressourcen, sondern über ein 200 Seemeilen (ca. 370 km) breites Meeresgebiet samt der Wassersäule.²² Es begann eine Phase der Rechtsunsicherheit auf See, angetrieben einerseits durch Bestrebungen, bereits genutzte (v. a. sog. lebende) Ressourcen dem Zugriff anderer Staaten zu entziehen, und andererseits Besitzansprüche über künftig nutzbare Ressourcen auf dem Meeresboden und dem Kontinentalschelf anzumelden. Zwei Seerechtskonferenzen (1958 und 1960) vermochten die seerechtlichen Lücken, die sich im Zuge dieser Entwicklungen aufgetan hatten, nicht zufriedenstellend zu schließen.

Die (Wieder-)Entdeckung von Manganknollen und die Befürchtungen einer Territorialisierung des Meeresbodens zur Stationierung nuklearer Waffen ließen 1967 den maltesischen Botschafter Arvid Pardo vor die Generalversammlung der Vereinten Nationen treten. Er schlug vor, den Meeresboden außerhalb nationaler Jurisdiktion als „gemeinsames Erbe der Menschheit“ zu deklarieren und endlich Rechtsicherheit auf den Meeren herzustellen. Die Zeichen für seinen Vorschlag standen günstig, denn die neuen Nutzungsoptionen im Zuge der rasanten Entwicklungen auf dem Gebiet der „Meerestechnik“ sowie die globalisierte und industrialisierte Fischerei waren konfliktrichtig. Und so veranlasste Pardos Vorstoß die Vereinten Nationen schließlich dazu, eine dritte Seerechtskonferenz einzuberufen, deren Resultat ein umfassendes und zeitgemäßes neues Seerecht sein sollte.²³ Die Verhandlungen begannen 1973 und fielen in die Phase des „Nord-Süd-Konflikts“ und die Debatten um eine neue Weltwirt-

21 L. D. M. Nelson, „The Patrimonial Sea“, *The International and Comparative Law Quarterly* 22 (1973): 668–686, hier: 668, FN 4.

22 Klaus Dieter Wolf, *Die dritte Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen: Beiträge zur Reform der internationalen Ordnung und Entwicklungstendenzen im Nord-Süd-Verhältnis* (Baden-Baden: Nomos, 1981), 48.

23 Vgl. Johanna Sackel, *Wem gehört das Meer*, 56–83.

schaftsordnung in den Vereinten Nationen.²⁴ Dies bildete gewissermaßen das Vorzeichen für die Bestrebungen zahlreicher postkolonialer Staaten, nicht nur an den Meeresbodenressourcen zu partizipieren, sondern insbesondere Souveränität über die marinen Räume bzw. die darin vorkommenden lebenden und nichtlebenden Ressourcen vor ihren Küsten zu erlangen. Dabei bezogen sie sich ausdrücklich auf die im Rahmen der Nord-Süd-Auseinandersetzungen geforderte nationale Souveränität über natürliche Ressourcen.²⁵

In der Frühphase der Verhandlungen um die Einführung der alsbald so bezeichneten „Ausschließlichen Wirtschaftszonen“ (AWZ) wurden von den postkolonialen (und innerhalb der UN als Gruppe der Entwicklungsländer G77 zusammengeschlossenen) Staaten durchaus differierende Konzepte in die Debatte eingebracht. So wollte etwa Jamaika (ehemaligen) Kolonialmächten den Zugang zu seinen Gewässern komplett verwehren, während Indonesien darauf drang, Konstruktionen wie „historische Gewässer“ aus den Verhandlungstexten zu verbannen.²⁶ Insbesondere die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) vertrat eine weniger radikale Position, indem sie die Souveränitätsrechte in erster Linie auf die Ressourcen und nicht auf ‚marines Territorium‘ als Ganzes bezog. Die Mitgliedstaaten der OAU wiesen in ihrer Mogadischu-Deklaration auf den Wert mariner Ressourcen für die gesamte Menschheit hin, um sogleich festzustellen, dass die technologisch überlegenen Industriestaaten ihren Entwicklungsvorsprung nutzten, um sich marine Ressourcen im globalen Maßstab anzueignen.²⁷ Dies zu unterbinden und etwa den Fischreichtum nicht jenen technologisch potenten Staaten zu überlassen, war das zentrale Movens der Küstenentwicklungsländer, sich prinzipiell hinter die Idee der Ausschließlichen Wirtschaftszonen zu stellen. Gemeinsam war ihnen, dass sie in der Regel nicht über einen nennenswerten industriellen Fischereisektor verfügten. Die Ausbeutung der lebenden Ressourcen beschränkte sich zumeist auf handwerkliche Küsten- und Subsistenzfischerei. Gleichwohl waren insbesondere die von der Fischerei ab-

24 Vgl. Steffen Fiebrig, Jürgen Dinkel und Frank Reichherzer (Hrsg.), *Nord/Süd: Perspektiven auf eine globale Konstellation*, (Berlin: De Gruyter, 2020); Sönke Kunkel, „Zwischen Globalisierung, internationalen Organisationen und ‚global governance‘: Eine kurze Geschichte des Nord-Süd-Konflikts in den 1960er und 1970er Jahren“, *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 4 (2012): 555–577.

25 Formuliert in den Resolutionen der UN-Generalversammlung UNGA Res. 3201 (S-VI), Declaration on the Establishment of a New International Economic Order, 01.05.1974, sowie UNGA Res. 3281 (XXIX), Charter of Economic Rights and Duties of States, 12.12.1974.

26 UN Doc. A/CONF.62/C.2/L.36, Jamaica: Draft Articles on Item 2.1, 05.08.1972, Article 2; UN Doc. A/CONF.62/C.2/L.67, Indonesia: Draft Articles on Historic Waters, 16.08.1974.

27 Vgl. UN Doc. A/CONF.62/33, Declaration of the Organization of African Unity in the Issues of the Law of the Sea, 19.07.1974, Abschnitt C.

hängigen Küstenbevölkerungen besonders von der Ausweitung der Fanggebiete der großen Fischereinationen betroffen, die mit immer größeren und besser ausgestatteten Fischereifahrzeugen die Schelfgewässer vor fremden Küsten durchpflügten – was rein völkerrechtlich bislang erlaubt gewesen war.²⁸

Mitte der 1970er Jahre – die Seerechtsverhandlungen dauerten an – setzte sich das Konzept der Ausschließlichen Wirtschaftszonen noch vor der Verabschiedung eines entsprechenden Abkommens als Völkergewohnheitsrecht durch. Damit waren die entsprechenden Meereszonen zwar nicht gänzlich Staatsgebiet (die freie Durchfahrt war weiterhin erlaubt), jedoch wurde die Souveränität über natürliche Ressourcen wie Fisch, Öl und Gas sowie die Verantwortung für den Umweltschutz und die Zulassung von Forschungsaktivitäten auf die Küstenstaaten übertragen. Die Einführung der AWZ verschaffte dabei den Ländern mit langen Küsten einen Vorteil, da die Ressourcen innerhalb dieser Zonen quasi nationales Eigentum wurden. Sogenannte geografisch benachteiligte Staaten, also solche mit kurzer Küste oder Binnenstaaten, gingen prinzipiell leer aus.

Eine solche Territorialisierung der Gewässer war insbesondere für Archipelstaaten und Küstenstaaten mit vorgelagerten Inseln erstrebenswert. Staaten wie Fidschi, Indonesien und die Philippinen pochten auf das Prinzip „Einheit von Land, Wasser und Bevölkerung“. Die Küsten- und Wirtschaftszonen sollten sich demzufolge nicht an jeder Insel oder jedem Atoll einzeln orientieren, sondern stattdessen die Seegebiete innerhalb eines Archipels komplett umfassen und so territoriale Integrität herstellen. In einigen Fällen bedeutete dies einen erheblichen Gebietsgewinn, vor allem für Archipele mit weit auseinanderliegenden kleinen Inselchen, die nun Ressourcensouveränität über einen Meeresraum ausübten, der ihr Staatsgebiet zu Lande flächenmäßig um ein Vielfaches übertraf.²⁹

Dies galt auch für die Seychellen, die 1977 eine Ausschließliche Wirtschaftszone deklarierten. Damit wurden die 455 km² große Landfläche sowie das dazugehörige Küstenmeer um 1 331 964 km² Meeresraum erweitert.³⁰ Diese Zahlen führen eindrücklich vor Augen, welche Erwartungen sich für archipelagische Staaten wie die Seychellen mit der Ausdehnung ihrer Meeresgebiete verbanden.

28 Vgl. Johanna Sackel, „Fisheries and Fishing“, in: Espen Storli, Madeleine Dungy und Audrey Gerrard (Hrsg.), *The Routledge Handbook on the Economic History of Natural Resources* (Abingdon: Routledge, 2025); Carmel Finley, *All the Boats on the Ocean: How Government Subsidies Led to Global Overfishing* (Chicago: Chicago University Press, 2017).

29 Wolf, *Die dritte Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen*, 221; Sackel, *Wem gehört das Meer*, 100.

30 Zum Vergleich: Die Bundesrepublik verfügte bei 248 510 km² Landfläche über 40 999 km² Ausschließliche Wirtschaftszone, vgl. Daniel Pauly/Dirk Zeller/Maria L. D. Palomares (Hrsg.), *SeaAroundUs* (2020) <<http://www.seaaroundus.org/data/#/eez>> (05.02.2024).

War die Souveränität über Meeresressourcen bislang vor allem eine Frage des technologischen Vorteils nach dem ‚Windhundprinzip‘ gewesen, hing sie nun von der zonalen Aufteilung der Meeresgebiete ab. Von manchem Zeitgenossen als „Zerstückelung“ eines gemeinsamen Erbes oder „lautlose Eroberung der Meere“ interpretiert,³¹ war die Verzonung der Meere aus Sicht der postkolonialen Küstenstaaten ein Gewinn an ‚Territorium‘, das nicht nur meereswirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten eröffnete, sondern auch als Verhandlungsmasse für Technologietransfer, Handelsabkommen und Entwicklungshilfe dienen konnte.

Raumkontrolle: Seychellen

Aus Sicht der Seychellen kamen die neuen Entwicklungen im Seerecht genau zur rechten Zeit. 1976 war das Land unabhängig geworden und schlug bald danach den Weg zur Entwicklungsdiktatur ein. 1977 putschte sich die *Seychelles People's United Party* unter Premierminister France-Albert René an die Macht und etablierte ein Regierungssystem, das René trotz mehrerer Konterputschversuche bis 2004 an der Macht hielt. Auch wirtschafts- und entwicklungspolitisch folgte das Land dem Geist der Zeit. Umfangreiche Verstaatlichungen brachten bis Anfang der 1980er Jahre den Großteil der Betriebe auf der Insel in staatliche Hand, darunter Handwerks-, Landwirtschafts- und Fischereibetriebe.³² Fünfjährige Entwicklungspläne legten jeweils Ziele und Maßnahmen fest und sollten zur Modernisierung und ‚Entwicklung‘ des Landes führen. Priorität hatte der Ausbau des Tourismus, der sich seit der Eröffnung des internationalen Flughafens 1973 zum wichtigsten Wirtschaftsfaktor entwickelt hatte. Daneben aber sollte der Aufbau einer exportorientierten Fischindustrie stehen. Seit den 1960er Jahren waren immer wieder Thunfänger aus Japan, Südkorea und Taiwan am Horizont erschienen, in den frühen 1970er Jahren für einige Jahre auch die Schiffe eines Unternehmens aus Madagaskar. Eine eigene, industriell betriebene Hochseefischerei der Seychellen aber gab es nicht.³³ Ganz im Einklang mit

31 Wolfgang Graf Vitzthum (Hrsg.), *Die Plünderung der Meere: Ein gemeinsames Erbe wird zerstückt* (Frankfurt a.M.: Fischer, 1981); Günter Freericks, *Die lautlose Eroberung der Meere: Grundzüge des neuen Seevölkerrechts* (Karlsfeld bei München: Jüngling, 1982).

32 Davon berichtet auch: Steinberg, Zwischenbericht zum Stand (Juli 1981) und zur Problematik des Seychellen-Fischerei-Vorhabens, 7. Juli 1981, B 116/65420, Bundesarchiv Koblenz.

33 Vgl. „Country Statement on the Present Fishery Situation in the Seychelles“, in: *Report of the FAO/IOP Workshop on the Fishery Resources of the Western Indian Ocean South of the Equator*, Mahé/Seychelles, 23 October – 4 November 1978, IOP Development Report No. 45, 1979,

der im Zuge der Seerechtsverhandlungen geführten Debatte um Ressourcensouveränität war es Ziel der Regierung, die Kontrolle über die kommerzielle Ausbeutung ihrer Fischbestände zu übernehmen. Anlässlich einer Konferenz der *Food and Agriculture Organization* (FAO) betonte Präsident René, dass es sich bei den Fischbeständen um die „wichtigste Ressource der Staaten des westlichen indischen Ozeans“ handle. Die Ausbeutung dieser natürlichen Ressourcen müsse daher in der Hand der Inselstaaten liegen.³⁴ Nach der Unabhängigkeit deklarierte die Regierung entsprechend eine exklusive Wirtschaftszone von 200-Seemeilen (*Maritime Zone Act*, 1977 und *Exclusive Economic Zone Order*, 1978), stellte Experten der FAO und aus Großbritannien an, die bei der Ausarbeitung der neuen Fischereipolitik helfen sollten, und gab mehrere Studien zum Aufbau der Fischwirtschaft in Auftrag.³⁵

Wie viele andere Staaten auch, setzten die Seychellen mit der Verkündung einer Wirtschaftszone das sich im Kontext der UN-Seerechtskonferenz abzeichnende neue Raumordnungsregime vorausseilend in Kraft. Dessen Wirksamkeit musste aber zunächst einmal durchgesetzt werden. Zu den ersten Maßnahmen der Seychellen gehörte daher der Aufbau eines marinen Überwachungssystems, mittels dessen erhoben werden sollte, wie viele Schiffe überhaupt im Bereich der Wirtschaftszone fischten. 1978 konnte die seychellische Regierung nach Berichten eines westdeutschen Fischereiforschers nur „grobe Schätzungen“ über die fischereilichen Aktivitäten anderer Nationen in den Gewässern der Seychellen abgeben und „z. T. sogar nur Vermutungen.“ Demnach betrieben Trawler aus der Sowjetunion und Japan im Südosten der Inselgruppe eine „recht intensive Schleppnetzfisherei.“ Zudem wurde vermutet, dass etwa 100 Langleiner aus Taiwan, Japan und Südkorea ohne Lizenz in der Wirtschaftszone nach Thun fischten – genaue Kenntnisse darüber fehlten aber. Ein neues Aufklärungsflugzeug und ein bewaffnetes Schutzboot, beides aus Großbritannien geliefert, sollten diese Wissenslücken schließen und mittelfristig dazu beitragen, seychellische Ansprüche auf die exklusive Nutzung der Wirtschaftszone durchzuset-

69–81, hier: 72. Der japanische Thunfang wurde 1968 durch eine kurze Studie der Shimonoseki Universität begleitet, die probeweise Schleppfänge durchführte.

34 „Address by F. A. Rene, President of the Republic of the Seychelles“, in: *Report of the FAO/IOP Workshop on the Fishery Resources of the Western Indian Ocean South of the Equator*, Mahé/Seychelles, 23 October – 4 November 1978, IOP Development Report No. 45, 1979, 38 f.

35 Auch das deutsche Unternehmen GOPA bewarb sich auf eine dieser Ausschreibungen. Vgl. Steinberg, Bericht über den 1. Abschnitt des Seychellen-Fischerei-Projektes (Januar 1981 bis Mitte April 1981), 27. April 1981, B 116/65420, Heft 8: Kooperation Seychellen, Bundesarchiv Koblenz.

zen.³⁶ Dass die seychellische Marine diese Ansprüche durchaus kompromisslos durchzusetzen bereit war, zeigte 1981 der Fall eines japanischen Thunfängers, der von der Marine aufgebracht wurde und fortan unter seychellischer Flagge fuhr.³⁷

Auch an Land versuchte die Regierung der Seychellen die Voraussetzungen für einen industriell betriebenen Fischfang zu schaffen. Ein wichtiges Vorhaben war der Ausbau des Hafens von Port Victoria auf der Hauptinsel Mahé. Anfang 1980 wurde die Kai-Anlage auf 110 Meter Länge ausgebaut, so dass auch größere Trawler mit einem Tiefgang von bis zu 4 Metern anlegen konnten. Geräteschuppen im Hafen wurden sukzessive für eine massenproduktionstaugliche Fischverarbeitung hergerichtet. Daneben bemühte sich die Regierung in Verhandlungen mit Kuwait, Frankreich und der Bundesrepublik um den Ausbau der Eiserzeugungs-, Kühl- und Gefrierkapazitäten im Hafen von Victoria. Bei solchen Maßnahmen handelte es sich einerseits um Standortpolitik. Da Eis auf den Seychellen zu dem Zeitpunkt lediglich von einer lokalen Brauerei produziert wurde – und dies auch nur in geringen Mengen –, war es Mangelware und dementsprechend ein limitierender Faktor für eine lokale, industriell betriebene Fischerei. Immer wieder kam es zu Eis-Krisen, die dann wiederum für Unmut bei den Fischereibetrieben sorgten, da diese für die Lagerung der Fänge auf ausreichende Mengen an Eis angewiesen waren.³⁸ Andererseits schufen die erweiterten Kühl- und Gefrierkapazitäten auch die Voraussetzungen für eine Ausweitung der Fangmengen und den anschließenden Export auf den Weltmarkt. Zudem stiegen mit zunehmenden Anlandungen auch die Einnahmen aus den Transaktionsgebühren, die sich erheben ließen.

Wie umfangreich und exportfähig die Fischressourcen der Seychellen tatsächlich waren, war Ende der 1970er Jahre allerdings noch eine offene Frage. 1948, 1968 und 1972/74 hatte es erste Studien zu den marinen Ressourcen um die (kolonialen) Seychellen gegeben, doch waren diese sehr lückenhaft geblieben.³⁹

³⁶ Steinberg, Bericht über eine Dienstreise zu den Seychellen (*Fact Finding Mission*) wegen eines dort geplanten Forschungsvorhabens, 3. Januar 1979, B 213/32274, Bundesarchiv Koblenz. Vgl. auch: *Information über die Fischwirtschaft im Ausland*, Vol. 29.5 (Mai 1979): 29.

³⁷ Davon berichtet: Steinberg, Zwischenbericht zum Stand des Fischereivorhabens im Seegebiet der Seychellen (Oktober 1981), 31. Oktober 1981, B 116/65420, Bundesarchiv Koblenz.

³⁸ Vgl. „The Problem is No Ice“, *Life*, 16. Dezember 1978, in: B 213/32274, Bundesarchiv Koblenz.

³⁹ Vgl. zur Studie von 1948 von Wheeler und Ommanney, die im Kontext der Entwicklung einer kolonialen Fischereipolitik Großbritanniens zu sehen ist: „Fisheries Survey of the Mauritius-Seychelles Area“, in: *Nature* 173 (Januar 30, 1954): 186 f. Die Studie von 1968 wurde von der Shimonoseki Universität aus Japan durchgeführt. Der survey von 1972/74 wurde von zwei französischen Forschungsschiffen durchgeführt. „Country Statement on the Present Fishery

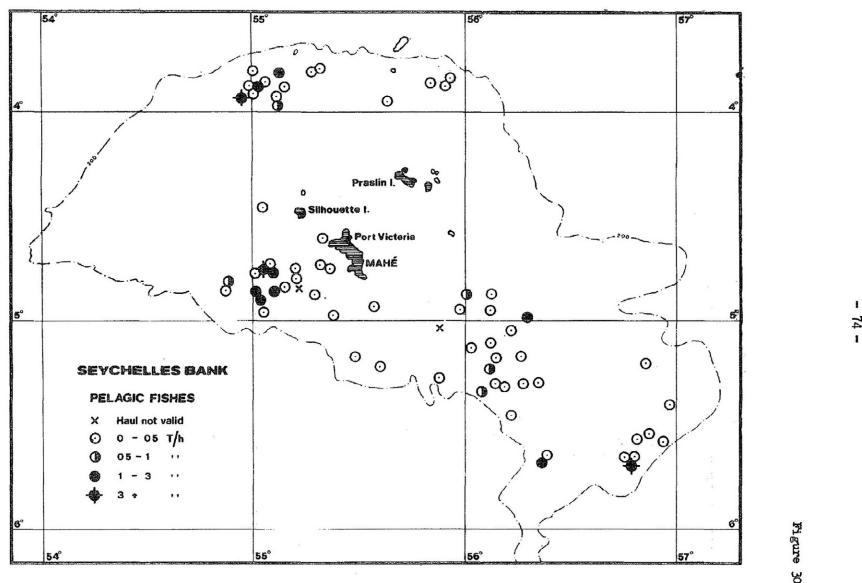


Figure 30. Distribution of catches. Circles indicate trawl stations and relative catch size.

Abb. 1: Erste Ansätze zur Erfassung des Ressourcenraums der Seychellen: Kartierung von Fangplätzen und Fangmengen auf dem Mahé-Plateau im Rahmen des West Indian Ocean Survey. Quelle: Leo Birkett, „Western Indian Ocean Fishery Resources Survey. Report on the Cruises of R/V ‚Professor Mesyatsev‘, December 1975 – June 1976/July 1977 – December 1977“, FAO/Indian Ocean Programme, Technical Reports Nr. 26, 1979: 74.

Für die neue Regierung der Seychellen waren daher Fischereiforschungsprojekte ein wichtiger Schlüssel, um die Potenziale ihrer neu deklarierten Wirtschaftszone überhaupt näher bestimmen zu können. Die Voraussetzung für einen industriellen Fischfang, betonte Präsident René, war „zuverlässiges und sicheres Wissen über den Umfang und die Art der vorhandenen Ressourcen in den Gewässern“ der Seychellen. Auch seien Forschungen zur räumlichen Verteilung der Fischbestände und über die besten Fangtechniken nötig.⁴⁰ Zwischen 1976 und 1981 autorisierte die Regierung der Seychellen dementsprechend eine Reihe von Fischereiforschungsprojekten in ihren Gewässern. Gleich das erste dieser Projekte wartete mit spektakulären Ergebnissen auf. Das sowjetische For-

Situation in the Seychelles“, in: *Report of the FAO/IOP Workshop on the Fishery Resources of the Western Indian Ocean South of the Equator*, Mahé/Seychelles, 23 October – 4 November 1978, IOP Development Report No. 45, 1979, 69–81, hier: 72, 75.

⁴⁰ „Address by F. A. René“.

schungsschiff „Professor Mesyatsev“ befuhr die Gewässer der Seychellen im Rahmen eines von der FAO koordinierten „*West Indian Ocean Survey*“ zweimal und stellte im Oktober 1977 erhebliche Vorkommen der pelagischen Fischart Roundscad / *Decapterus kiliche*, eine Stachelmakrelenart, fest, die auf dem Weltmarkt gefragt war. In zwei „Hols“ mit Grundschieppnetzen gingen der „Professor Mesyatsev“ fünf Tonnen Roundscad ins Netz, weitere 13 „Hols“ brachten jeweils zwischen einer und vier Tonnen Fisch. Akustische Untersuchungen bestätigten den Befund reicher pelagischer Fischvorkommen. Auf Basis dieser Untersuchungen schätzten die beteiligten Forscher die vorhandene Biomasse an Fisch rund um das Mahé-Plateau der Seychellen auf 115 000 Tonnen.⁴¹ Zugleich kartierte das Forschungsteam auch erstmals geeignete Fangplätze rund um die Seychellen (vgl. Abbildung 1). Die im Rahmen des „*West Indian Ocean Surveys*“ angefertigten Karten zeigten die Verteilung der erzielten Fangmengen auf dem Mahé-Plateau und konstruierten so auf sehr konkrete Weise das Bild eines durch Fischreichtum geprägten Ressourcenraumes. Weitere Studien versuchten solche Annahmen über die vorhandenen Fischressourcen der Seychellen zu präzisieren. So führte 1978 etwa das norwegische Forschungsschiff „Dr. Fridtjof Nansen“ Probefänge mit einem Grundschieppnetz auf dem Mahé-Plateau durch.

Raumerwartungen

Als die Bundesrepublik Ende der 1970er Jahre ein Fischereiprojekt auf den Seychellen anstrebte, war bereits ein harter globaler Wettbewerb um den Zugang zu den seychellischen Fischereiressourcen entstanden. Besonders Thunfischfänger aus Japan, Südkorea und Taiwan hatten einen traditionellen Erfahrungs- und Wissensvorsprung im Thunfang rund um die Seychellen, doch war auch eine sowjetische Fangflotte präsent. Frankreich investierte erhebliche Summen, um sich durch Kooperationsprojekte einen Zugang zu erkaufen, ebenso tat dies Großbritannien, zu dessen Kolonialreich die Seychellen bis 1976 gehört hatten. Auch spanische Fischereiunternehmen sondierten den Markt.

Den Anstoß für ein deutsches Fischereiengagement gab der umtriebige Bremerhavener Bundestagsabgeordnete Horst Grunenberg (SPD). Grunenberg war von einer Bremerhavener Reederei auf den Fischreichtum rund um die Seychel-

⁴¹ Vgl. Leo Birkett, „Western Indian Ocean Fishery Resources Survey: Report on the Cruises of R/V ‚Professor Mesyatsev‘, December 1975 – June 1976/July 1977 – December 1977“, FAO/Indian Ocean Programme, Technical Reports Nr. 26, 1979, 18–22.

len aufmerksam gemacht worden. Im Januar 1978 machte er sich zusammen mit einigen Vertretern mittelständischer Fischereiunternehmen vor Ort selbst ein Bild. Eine Erkundungsfahrt sorgte nach Auskunft Grunenberg für „schön blanke Augen“ unter den Teilnehmern, zeigte sie doch reiche Bestände an *Red Snapper*, der „im Geschmack zwischen Schellfisch und Kabeljau“ liege und „genau in unsere Küche“ falle. Die Delegation sichtete außerdem reiche Bestände an Zackenbarsch „so groß [...] wie ein halber Volkswagen“, und an Haien, „deren Flossen man den Chinesen verkaufen“ könne.⁴² Noch vor Ort führte Grunenberg im Namen der Bundesrepublik eigenhändig Verhandlungen mit der Regierung der Seychellen um ein Fischereiabkommen, das den Weg zum Aufbau einer „kommerziellen Fischindustrie in den Gewässern der Seychellen“ bahnen sollte. Die Regierung der Seychellen, vertreten durch die Minister für Landwirtschaft und Tourismus, zwei Staatssekretäre und zwei Beamte aus der Fischereiabteilung, betonte bei dieser Gelegenheit ihren Wunsch nach „Geschenke[n] aus der Bundesrepublik.“ Konkret listete sie auf: 4 Planierdrahten, 120 Frieslandrinder sowie 12 Bodenfräsen, mit denen die Agrarreform vorangetrieben werden sollte. Ferner wünschte die Regierung technische Hilfe und Kapitalhilfen beim Aufbau des Fischereihafenkomplexes, im Wohnungsbau und bei der Entwicklung der zu den Seychellen gehörenden äußeren Inseln.⁴³ Die Regierung forderte außerdem ein westdeutsches Fischereiforschungsprogramm. Erforscht werden sollten die saisonale Verfügbarkeit und Verteilung von pelagischen Fischarten, geeignete Fangmethoden, sowie die möglichen Verarbeitungstechniken. Das Projekt sollte nach dem Willen der seychellischen Regierung „mit geeigneten Einrichtungen für die Verarbeitung, Frostung, und Kühlhauslagerung an Land“ ausgestattet werden, der Bau einer Fischmehl- sowie einer Konservenfabrik sollten perspektivisch erwogen werden. Die Regierung formulierte also recht weitreichende Forderungen, stellte für den Fall positiver Forschungsergebnisse aber eine gemeinsame Kooperation beim „Aufbau eines einheimischen Projekts für die rationelle Nutzung bestimmter Meerestiere innerhalb der Wirtschaftszone der Seychellen“ in Aussicht. Allerdings behielt sie sich vor, „zu jeder Zeit die Kontrolle über die Fischereiindustrie aus[z]uüben, insbesondere bezüglich der Fischereiintensität.“⁴⁴ Grunenberg willigte ein und unterzeichne-

42 „Blanke Augen“, *Der Spiegel*, 30. April 1978.

43 Zusammenfassung von Diskussionen zwischen Vertretern der Regierung der Seychellen und einer Delegation der Bundesrepublik Deutschland, 4.–7. Januar 1978, 7. Januar 1978, B 196/27612, Erschließung neuer Fischereiereserven in verschiedenen Teilen der Weltmeere, Bundesarchiv Koblenz.

44 Deutscher Bundestag, Wissenschaftliche Dienste, Fischereiforschungsprojekte in den Gewässern der Seychellen, 1978, Übersetzung aus dem Englischen, 23. Januar 1978, B 196/

te noch während seines Besuchs im Namen der Bundesrepublik eigenhändig eine entsprechende Vereinbarung.

Nach seiner Rückkehr in die Bundesrepublik setzte Grunenberg alle Hebel in Gang, um den Gesprächen Taten folgen zu lassen. Schreiben an die SPD-Bundestagsfraktion und den Bundeskanzler betonten die vielen Potenziale eines gemeinsamen Fischereivorhabens mit den Seychellen und baten den Bundeskanzler um politische Rückendeckung. Im Frühjahr arrangierte Grunenberg ein Treffen zwischen Minister Ferrari und Bundesforschungsminister Hauff. Trotz starker Vorbehalte des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) nahm das Projekt im Sommer 1978 allmählich konkrete Formen an. Am 3. August bekundeten 15 Kutterkapitäne anlässlich eines Gespräches mit Vertretern des Bundesministeriums für Landwirtschaft ihr Interesse daran, eine Fischerei im Indischen Ozean aufzunehmen, wenn entsprechende Fangmöglichkeiten nachgewiesen würden.⁴⁵ Auch das Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT) hatte sich mittlerweile eingeschaltet. Im August hielt eine Vorlage für den Staatssekretär im BMFT fest, dass es „trotz der intensiven Befischung, teilweise Überfischung einiger Meeresgebiete (...) noch eine ganze Anzahl ‚weißer Flecken‘ in verschiedenen Ozeanen“ gäbe, „die bisher nicht genutzte Fischvorkommen oder Bestände an unkonventionellen Meerestieren enthalten“, „die für die menschliche Ernährung erschlossen werden“ könnten. Dazu gehörten auch die Seychellen. Der Vermerk schlug vor, ein „größeres Forschungsvorhaben zur weltweiten Erkundung solcher ‚weißer Flecken‘“ aufzulegen, um „die Möglichkeiten neuer Einsatzgebiete für die deutsche Hochsee- und Kutterfischerei zu prüfen.“⁴⁶ Die Bundesforschungsanstalt für Fischerei hielt ein gemeinsames Vorhaben mit den Seychellen ebenfalls für interessant. In einer Ideenskizze für das BMFT wies sie auf die Notwendigkeit staatlicher Unterstützungsmaßnahmen für die angeschlagene Kutterfischerei hin und beschrieb entsprechende Joint Ventures mit den Seychellen als vielversprechend. Fänge im Rahmen solcher Joint Ventures würden „praktisch zu 100 % zur Verbringung in die Bundesrepublik Deutschland, gegebenenfalls auch in andere

27612, Erschließung neuer Fischereireserven in verschiedenen Teilen der Weltmeere, Bundesarchiv Koblenz.

⁴⁵ Vgl. Bundesforschungsanstalt für Fischerei, Ideenskizze für einen an das BMFT zu richtenden Antrag wegen eines Fischerei-Forschungsvorhabens im östlichen [sic!] Indischen Ozean, 4. September 1978, B196/27612, Bundesarchiv Koblenz.

⁴⁶ Hohendorf an den Parlamentarischen Staatssekretär, Erforschung und Erschließung neuer Fischereireserven in verschiedenen Teilen der Weltmeere, 7. August 1978, B196/27612, Bundesarchiv Koblenz.

EG-Länder“ zur Verfügung stehen. Kalkuliert wurde mit einer Fördersumme von knapp 5 Millionen DM.⁴⁷

Grunenberg selbst betonte Ende September in einem neunseitigen Schreiben an Staatssekretär Stahl aus dem BMFT noch einmal die vielen Vorteile eines Forschungsprojekts. Die Entwicklung der Seegrenzen, argumentierte er, entzöge der Kutter- und Küstenfischerei zunehmend ihre Grundlage. Auf den Seychellen aber gebe es nun die Möglichkeit, mittelständischen Kutterfischereibetrieben neue Geschäftsfelder zu erschließen. Zugleich verwies Grunenberg auf die außen- und geopolitische Bedeutung von Fischereirechten. In den „tropischen Schelfgebieten“ seien „eine Vielzahl wohlschmeckender Meerestiere“ mit einer hohen Regenerationsfähigkeit der Bestände vorhanden, um die bereits ein globaler Wettbewerb eingesetzt habe: Die „wegen ihrer aggressiven Fischereitätigkeit bekannten Japaner, Koreaner, Taiwanesen, Russen, Ostdeutschen, Cubaner“ würden sich schon lange um entsprechende Fischfangrechte bemühen, während die Bundesrepublik bisher vor allem durch Zurückhaltung aufgefallen sei. Grunenberg betonte, dass sich mittels Fischereirechten auch strategische Präsenz aufbauen ließe. So könne sich die Bundesrepublik auch einen Zugriff auf die Ressourcen des Meeresbodens sichern. „Ein gut durchgeführtes Fischereiprojekt mit den Seychellen“, folgerte Grunenberg, „würde im bezeichneten ostafrikanischen Raum und darüber hinaus ein Referenzmodell darstellen, das erhebliche wirtschaftliche Impulse verbunden mit einem enormen Prestigegegewinn für die Bundesrepublik mit sich bringt“.⁴⁸

In einer Ressortbesprechung zwischen Vertretern des BMFT, des BMZ und des Bundesministeriums für Landwirtschaft wurden Ende September die Grundlinien des Fischereiprojekts festgelegt. Demnach sollte der eigentlichen Fischereikooperation ein Forschungsjahr vorausgehen. Die Forschungsphase sollte vom BMFT finanziert und von der Bundesforschungsanstalt für Fischerei als Projektträger durchgeführt werden. Ferner sollte zeitnah ein Regierungsabkommen geschlossen und ein Projektteam auf die Seychellen geschickt werden, um die weiteren Details des Vorhabens zu klären.⁴⁹

⁴⁷ Bundesforschungsanstalt für Fischerei, Ideenskizze für einen an das BMFT zu richtenden Antrag wegen eines Fischerei-Vorhabens im östlichen [sic!] Indischen Ozean, 4. September 1978, B 196/27612, Bundesarchiv Koblenz.

⁴⁸ Schreiben Grunenberg an Staatssekretär Stahl, Bundesministerium für Forschung und Technologie, 25. September 1978, B 213/32274, Bundesarchiv Koblenz.

⁴⁹ Vgl. Ergebnisniederschrift der Ressortbesprechung am 28. September 1978 im BML betreffend Einsatzmöglichkeiten für deutsche Fischkutter in den Seegebieten der Seychellen, 5. Oktober 1978, B 213/32274, Bundesarchiv Koblenz.

Die 1979 eingeleiteten Regierungsverhandlungen zogen sich dennoch länger hin als erwartbar gewesen wäre. Ein Grund dafür war, dass mittlerweile neue Konkurrenz aus Frankreich auf den Plan getreten war. Große Fischereigenossenschaften wie die *L'Armement Coopératif Finistérien* (ACF) hatten den Indischen Ozean schon seit vielen Jahren im Blick und verhandelten seit Herbst 1976 mit der seychellischen Regierung über die Gründung eines gemeinsamen Joint Ventures. Im Frühjahr 1977 führten französische Fischereiexperten vor Ort eine Machbarkeitsstudie durch, die große Erwartungen an den Thunfischfang beförderte. Die Experten sahen reiche Bestände an Bonito, prognostizierten einen stark wachsenden Weltmarkt für Thunfischkonserven und empfahlen den Aufbau einer gemeinsamen industriellen Thunfischerei. 1978 stellte die französische Regierung Zuschüsse und Kredite in Höhe von 52 Millionen Francs zur Verfügung, die den Kauf von vier neuen Thunfischfängern für den Fang mittels Haken- und Langleinen-Technik (*Pole-and-Line*) sowie den Bau von Kühl- und Gefrieranlagen im Hafen von Victoria auf der Hauptinsel Mahé ermöglichten.⁵⁰ Auch ein Patrouillenboot wurde aus Frankreich geschickt.⁵¹ Zusätzlich legte die französische Regierung ein eigenes Forschungsprojekt auf, das dem avisierten deutschen Projekt sehr ähnlich war. So kam es, dass im Herbst 1979 statt eines deutschen Forschungsschiffes zunächst die französische „N/O Coriolis“ in den seychellischen Gewässern kreuzte. Mittels akustischer Messungen versuchte sie dabei, die Bodenfischbestände und den Umfang der pelagischen Fischvorkommen auf dem Mahé-Plateau zu erfassen. Im Gegensatz zur „Professor Mesyats-ev“ schätzte dieses Projekt die Biomasse von fangbarem *Decapterus* nur noch auf ca. 50 000 bis 65 000 Tonnen. Dafür identifizierte es erneut reiche Bestände an Thunfischen.⁵²

Parallel zu diesen Maßnahmen blockierte ein französischer Rechtsberater in Diensten der Seychellen weitere Verhandlungen zwischen den Seychellen und der Bundesregierung. Am Rande der UN-Seerechtskonferenz im August 1979 informierte dieser Berater, Michel J. Savigny, die deutsche Delegation über verschiedene „fischereiliche Bedenken“ der Seychellen. So greife der geplante Einsatz von Grundschleppnetzen „zu stark in die Fischbestände ein, zumal

⁵⁰ Vgl. zur Studie und den Anfängen der französisch-seychellischen Zusammenarbeit Marsac u. a., *L'Or Bleu des Seychelles*, 57–76.

⁵¹ Vgl. Steinberg, Bericht über eine Dienstreise zu den Seychellen vom 8.–17.2.1980, B 213/32274, Bundesarchiv Koblenz.

⁵² Vgl. die beiden Projektberichte: Emile Marchal, *Rapport sur les Résultats d'une Campagne du N/O Coriolis pour l'Évaluation des Ressources en Poissons Pélagiques des Eaux Seychelloises* (Septembre–Novembre 1979), Paris: ORSTOM, 1970; Emile Marchal u. a., *Ressources Pélagiques et Démersales des Iles Seychelles. Résultats de la Deuxième Campagne du N/O Coriolis* (Août–Septembre 1980), Paris: ORSTOM 1981, 51.

wenn in der Forschungsphase oder auch später unbeschränkt gefischt werde.“ Zudem hätten die Seychellen mittlerweile „genügend Angebote für joint ventures und Hilfeleistungen im Fischereibereich vorliegen.“ Nach Mutmaßungen der westdeutschen Botschaft in Nairobi spielte hier der Einfluss eines neuen norwegischen Fischereiberaters eine Rolle, „dem ein deutsches fischereiliches Engagement schon im Rahmen der vorgesehenen Forschungsphase unerwünscht“ sei.⁵³ Anders erklärte der seychellische Entwicklungsminister Ferrari 1980 die Verzögerungen: sie seien „allein auf den Einfluß des französischen Seerechtsberaters Savigny zurückzuführen“, der nun aber nicht mehr für die Regierung arbeite.⁵⁴

Unter diesen Umständen schlossen die Seychellen und die Bundesrepublik erst im Sommer 1980 ein Regierungsabkommen ab, das den Weg für ein gemeinsames Fischereiprojekt freimachte. Im Rahmen dieses Abkommens verpflichtete sich die Bundesrepublik, als Vorleistung für mögliche Fischereilizenzen „genaue Bestandsanalysen der wirtschaftlich wichtigen Fischarten“ sowie fangtechnische und verarbeitungstechnologische Versuche und eine Markt- und Exportstudie durchzuführen. Dafür sollten zwei Forschungskutter („Nordsee“ und „Ostsee“) zu den Seychellen verlegt werden. Zusätzlich sagte die Bundesrepublik zu, eine Gefrier- und Eisherstellungsanlage zur Verfügung zu stellen. Bei „Fischknappheit“ auf dem seychellischen Markt war das Projekt dazu verpflichtet, Fänge abzuliefern, dafür wurde ihm aber die Möglichkeit eingeräumt, einen Teil der Projektkosten durch die eigene Vermarktung von Fängen wieder zu refinanzieren. Im Gegenzug verpflichtete sich die Regierung der Seychellen, die nötigen Gebäude herzurichten und ein Kühlhaus bereitzustellen.⁵⁵

Raumaneignungen

Im Januar 1981 verließen die beiden gecharterten Kutter „Nordsee“ und „Ostsee“ unter großer Anteilnahme von Presse, Funk und Fernsehen Bremerhaven. Auch auf den Seychellen wurde dem Beginn des Fischereiforschungsprojektes

⁵³ Illing, Vermerk, Fischereiforschungsprojekt mit den Seschellen [sic!], hier: Gespräch am 14.8.1979 mit dem seschellischen [sic!] Delegierten am Rande der 3. VN-Seerechtskonferenz, 15. August 1979, B 213/32274, Bundesarchiv Koblenz.

⁵⁴ Steinberg, Bericht über eine Dienstreise zu den Seychellen vom 8.–17.2.1980, 29. Februar 1980, B 213/32274, Bundesarchiv Koblenz.

⁵⁵ Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Seschellen [sic!] über Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Fischereiforschung, 22. Mai 1980, B 116/65420, Heft 8: Kooperation Seychellen, Bundesarchiv Koblenz.

große Bedeutung zugemessen. Die größte Tageszeitung der Seychellen, die regierungsnahe *Nation*, druckte am 27. Februar auf der Titelseite ein Bild von Minister Ferrari und der Besatzung vor einem der beiden Kutter und beschrieb das Vorhaben als ein „*ambitious research programme*“, das beim Aufbau einer „*commercial fishing industry*“ helfen werde.⁵⁶ Führende Politiker des Landes drängten in der Folge zu einer Gästefahrt auf einem der Kutter, anlässlich derer Besatzung und Forscher die Möglichkeiten der Schleppangel-Fischerei und der Grundschleppnetz-Fischerei demonstrierten.⁵⁷ Mit solchen Besuchen kommunizierte die Regierung die hohen Erwartungen, die sie mit dem Projekt verband, machte nach innen zugleich aber auch das Modernisierungsversprechen des seychellischen Staates sichtbar.

Die beteiligten Akteure auf deutscher und seychellischer Seite verknüpften mit dem Beginn des Fischereiprojekts jeweils unterschiedliche Erwartungen. Aus Sicht der seychellischen Regierung ging es vor allem darum, geeignete Fangzonen für die Befischung von *Decapterus* zu lokalisieren. Immer wieder notierten die deutschen Fischereiexperten ein entsprechendes seychellisches „Drängen nach einer intensiven *Decapterus*-Fischerei“⁵⁸ und sahen utopische „Erwartungen hinsichtlich möglicher Fischereierträge.“⁵⁹ Demgegenüber waren die Zielsetzungen auf deutscher Seite bescheidener geworden, nachdem Projektleiter Rolf Steinberg von der Bundesforschungsanstalt für Fischerei im Januar 1979 eine eigene Erkundungsreise durchgeführt hatte. Im Gegensatz zu Grunenberg und der seychellischen Regierung sah Steinberg schwierige Fischereiverhältnisse. Zwar befanden sich nach seiner Einschätzung wertvolle Fischvorkommen im Bereich des Schelfgebietes, aber dort war eine lukrative Grundschleppnetz-Fischerei wegen der Riffe nur bedingt möglich und die Kleinfischerei der Seychellen schon sehr aktiv. Entsprechend müsse der deutsche Fokus auf den „pelagischen Bereich“, also die tieferen Gewässer, gerichtet werden. Über diesen sei aber wenig bekannt und voraussichtlich werde er auch nicht

56 „Research will Assist our Commercial Fishing“, *Nation*, 27. Februar 1981, in: B 116/65420, Heft 8: Kooperation Seychellen, Bundesarchiv Koblenz.

57 Insgesamt fuhren 16 Gäste mit, darunter der Minister für Entwicklung und Planung Ferrari, der Minister für Landwirtschaft Ange, mehrere Staatssekretäre sowie Vertreter des *Fisheries Departments* und der seychellischen Handelsgesellschaft Seycom. Staatspräsident Francis hatte seine Teilnahme zugesagt, sagte aber kurzfristig ab. Vgl. Steinberg, Bericht über den 1. Abschnitt des Seychellen-Fischerei-Projektes (Januar 1981 bis Mitte April 1981), 27. April 1981, B 116/65420, Heft 8: Kooperation Seychellen, Bundesarchiv Koblenz.

58 Steinberg, Zwischenbericht zum Stand (Juli 1981) und zur Problematik des Seychellen-Fischerei-Vorhabens, 7. Juli 1981, B 116/65420, Bundesarchiv Koblenz.

59 Steinberg, Bericht über den 1. Abschnitt des Seychellen-Fischerei-Projektes (Januar bis Mitte April 1981), 27. April 1981, B 116/65420, Bundesarchiv Koblenz.

die hohen Erlöse bringen, die angesichts der Exportkosten nötig wären. Zudem seien die vorhandenen Fischarten in Westeuropa kaum eingeführt, was die Vermarktung weiter erschwere. Einzig der Thunfischfang schien ein einträgliches Geschäft zu bieten, doch fehlten für diesen in der Bundesrepublik die Expertise, Erfahrung und entsprechenden Schiffe. Nach Steinbergs Einschätzung ließen die vorhandenen Fischvorkommen daher „keinen uneingeschränkten Optimismus im Hinblick auf eine einträgliche kommerzielle, industriell betriebene Fischerei im Rahmen von Joint Ventures“ zu.⁶⁰ Anlässlich einer Ressortbesprechung im April 1979 wiederholte Steinberg diese Einschätzung. Aus seiner Sicht gebe es im Seegebiet der Seychellen bis auf Thunfisch „keinen Fisch von exportlohnender Qualität.“ Das Vorhaben sei daher „aussichtslos.“ Das BMZ sprach von einer „Fehlinvestition, die keinerlei positive Resultate erwarten lässt.“ Einzig das BMFT hielt an dem Projekt fest und begründete dies damit, dass man „aus politischen Gründen“ von dem Vorhaben „nicht mehr Abstand nehmen“ könne.⁶¹ Allen Beteiligten war nach Steinbergs Erkundungsreise somit klar, dass sich die politische Funktion des Projekts verschoben, sozusagen entgeopolitisiert hatte: Es ging nicht mehr um den Zugang zu den marinen Ressourcen der Seychellen, sondern – auf einer zweiten, symbolpolitischen Ebene – darum, dem Prestige der damals führenden westdeutschen Fischereiwissenschaft keinen Schaden zuzufügen und zuvorderst den politischen Einfluss der Bundesregierung auf den Seychellen zu sichern. Man dürfe nicht außer Acht lassen, so Steinberg, dass die seychellische Regierung „relativ große Erwartungen in das deutsche Fischereivorhaben“ setze. Eine Rücknahme der Zusagen könne daher „unerwünschte politische Konsequenzen“ haben.⁶² Auch die deutsche Botschaft in Nairobi warnte davor, dass eine Zurücknahme des Projekts die „Beziehungen zu den Seschellen [sic!] schwer belasten“⁶³ würde.

Die ersten Forschungsfahrten führten beide Kutter Ende Februar in das Schelfgebiet um die Hauptinsel Mahé und die Amiranten. Die Meeresforscher brachten Netze aus, schauten auf die Ortungsgeräte und sahen: nichts. Obwohl beide Kutter ein relativ umfassendes Gebiet im Bereich des Schelfs, der Schelfränder und weiter draußen im tiefen Ozean absuchten, wurden auf der gesam-

60 Steinberg, Bericht über eine Dienstreise zu den Seychellen (*Fact Finding Mission*) wegen eines dort geplanten Fischereivorhabens, 3. Januar 1979, B 213/32274, Bundesarchiv Koblenz.

61 Wiegmann, Zusammenarbeit mit den Seschellen [sic!] auf dem Gebiet der Fischereiforschung (BMFT-Projekt), 10. April 1978, B 213/32274, Bundesarchiv Koblenz.

62 Steinberg, Bericht über eine Dienstreise zu den Seychellen vom 8.–17.2.1980, B 213/32274, Bundesarchiv Koblenz.

63 Botschaft Nairobi an Auswärtiges Amt, Abkommen mit den Seschellen [sic!] über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Fischereiforschung, 24.3.1980, B 213/32274, Bundesarchiv Koblenz.

ten Fahrt keine größeren pelagischen Fischeschwärme von Wert gefunden, ein Ergebnis, das in den Worten des Projektleiters Steinberg selbst „die pessimistischsten Voraussagen“ übertraf. Hingegen zeigten Fangversuche mit Schleppangeln gute Ergebnisse. Tonnenweise gingen den Kuttern hochwertige Thunfische und Bonitos, als Beifang auch „gefragte Fischarten wie Kingfish, Barracuda und Dolphin“ ins Netz.⁶⁴ Das Hauptaugenmerk der Forscher verschob sich daher in den folgenden Monaten auf den Schleppangeleinsatz, da damit laut Steinberg „am ehesten eine für die Verbringung in andere Länder ausreichende Menge weltmarktfähiger Fischarten gewinnbar“ schien.⁶⁵ Zudem waren diese für das Institut für Fangtechnik auch wissenschaftlich interessanter. In der Bundesrepublik gab es keine Thunfangindustrie und daher weder eine einschlägige Expertise noch die wissenschaftlichen Möglichkeiten zur Erprobung entsprechender Fangtechniken.

Die enttäuschenden Ergebnisse der ersten Forschungsfahrten hatten zur Folge, dass die seychellische Regierung plötzlich ihren Widerstand gegen die Grundsleppnetz-Fischerei aufgab. So konnte das Projekt erstmals die kommerziellen Potenziale der Grundsleppnetz-Fischerei im Bereich des nordöstlichen Mahé-Plateaus erproben. Innerhalb von zwei Tagen holten die Kutter zwei Tonnen hochwertige Fische ein. Bei der Anlandung in Port Victoria sorgten die übervollen Kisten allerdings für einen Sturm der Entrüstung unter den einheimischen Fischern. Viele fürchteten eine Schädigung und schnelle Überfischung der Bodenfischbestände. Nach emotionalen Protesten seitens der einheimischen Fischereibetriebe wurde die Grundsleppnetz-Fischerei daher vom seychellischen Präsidenten kurzerhand wieder verboten.⁶⁶ Ohnehin zeigte die Auswertung der Fänge, dass es sich bei den im Gebiet der Seychellen vorkommenden „Massenfischen“ nicht um weltmarktfähige Arten handelte. Bei gut der Hälfte des Fangs handelte es sich um unterschiedlichste Tropenfische, die für eine globale, auf artenreine Rohwaren angewiesene Tiefkühl-Industrie nicht verwertbar waren und für eine anderweitige Vermarktung aufwendig sortiert werden mussten. Selbst die gefangenen Vorkommen an Roundscad (*Decapterus*) waren gemäß Kalkulationen des Instituts für Fangtechnik auf dem Weltmarkt schwer ab-

⁶⁴ Steinberg, Bericht über den 1. Abschnitt des Seychellen-Fischerei-Projektes (Januar 1981 bis Mitte April 1981), 27. April 1981, B 116/65420, Heft 8: Kooperation Seychellen, Bundesarchiv Koblenz.

⁶⁵ Steinberg, Bericht über den 1. Abschnitt des Seychellen-Fischerei-Projektes (Januar bis Mitte April 1981), 27. April 1981, B 116/65420, Bundesarchiv Koblenz.

⁶⁶ Vgl. Dahm, Bericht über den 2. Abschnitt des Seychellen-Fischerei-Projektes (Mitte April bis Mitte Juni 1981), 24. Juni 1981, B 116/65420, Heft 8: Kooperation Seychellen, Bundesarchiv Koblenz.

setzbar, kostete der Export einer Tonne Roundscad in die Philippinen doch etwa \$ 400, während die Erlöse pro Tonne bei gerade einmal \$ 150 lagen.⁶⁷

Nennenswerte pelagische Fischbestände fanden die beiden Forschungsschiffe auch auf weiteren Forschungsfahrten in die südöstlichen und südwestlichen Teile der seychellischen Wirtschaftszone nicht. Dafür zeigte die Befischung von bisher unerschlossenen Gebieten im Südosten rund um Platte Island, Coetivy Island sowie Le Constant-Bank und Fortune-Bank die Potenziale des Thunfischfangs auf. Beide Kutter zogen rund neun Tonnen hochpreisiger Fische aus dem Wasser. Ein anderes Bild zeigte sich rund um die südwestlich gelegenen Koralleninseln in 600 Seemeilen Entfernung von Port Victoria. Hier überraschte die Meeresforscher einerseits das „fleckenhafte Auftreten der Fischschwärme.“ Andererseits waren die Fangverhältnisse unergiebig. Die Meeresforscher folgerten daraus, dass die Thune offenbar dem von Südosten aufziehenden kalten Wasser nach Norden auswichen.⁶⁸

Im Sommer und Herbst 1981 konzentrierten sich die Forschungsfahrten der beiden Kutter wieder auf den Bereich des Mahé-Plateaus. Die Meeresforscher befischten eine ganze Reihe von Gebieten, zu denen bisher wenig Informationen vorlagen, experimentierten mit unterschiedlichen Schlepprichtungen und Fangpositionen und führten Vergleichsstudien zwischen Tages- und Nachtfischerei durch. Auch die vereinbarten Marktstudien liefen nun an. Einmal in der Woche wurde eine Lieferung Thunfisch mit der Lufthansa in die Bundesrepublik verschickt, wo Testverkäufe gute Absätze erzielten und sich als „kommerziell interessant“ erwiesen.⁶⁹

Im Herbst 1981 geriet das Projekt allerdings zunehmend in schwieriges Fahrwasser. Netzschäden, technische Defekte und eine Havarie der „Nordsee“ zwangen wiederholt zu mehrtägigen Fangpausen und bedeuteten Einnahmeverluste. Immer wieder klagte die Projektleitung auch über die schlechte Arbeitsmoral in den Fischverarbeitungsanlagen, was die seychellische Regierung dazu veranlasste, Gefängnisinsassen einzusetzen. Das Fischereiprojekt nutzte also Zwangsarbeiter:innen, ohne dass dies von der deutschen Projektleitung

67 Steinberg, Zwischenbericht zum Stand (Juli 1981) und zur Problematik des Seychellen-Fischerei-Vorhabens, 7. Juli 1981, B 116/65420, Bundesarchiv Koblenz.

68 Vgl. Dahm, Bericht über den 2. Abschnitt des Seychellen-Fischerei-Projektes (Mitte April bis Mitte Juni 1981), 24. Juni 1981, B 116/65420, Heft 8: Kooperation Seychellen, Bundesarchiv Koblenz.

69 Zitat aus Steinberg, Zwischenbericht über den Stand des Seychellen-Fischerei-Vorhabens (Februar 1982), 26.2.1982, B 116/65420, Bundesarchiv Koblenz; vgl. auch Weber, Bericht über den 5. Abschnitt des Seychellen Fischerei Projektes (17.10.–7.11.1981), 12. November 1981, B 116/65420, Bundesarchiv Koblenz.

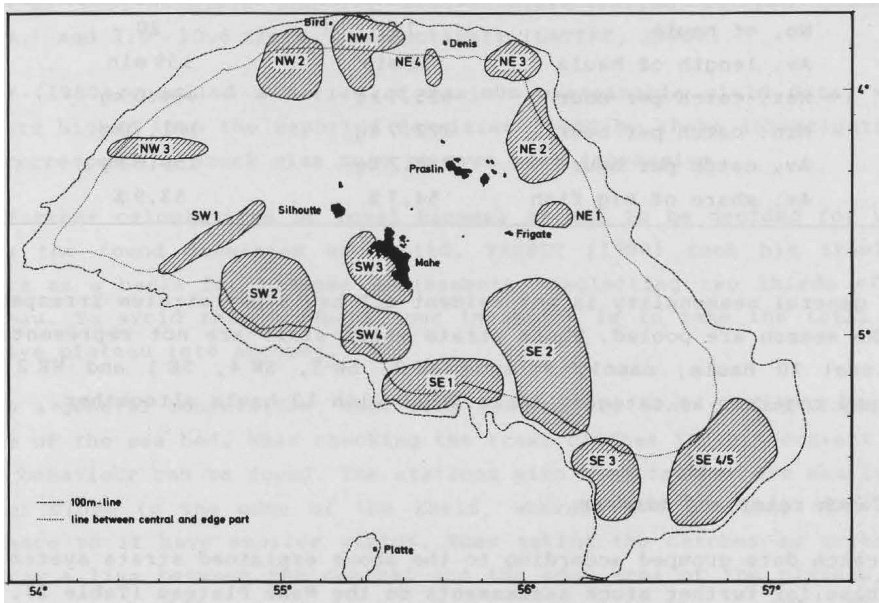


Abb. 2: Raumaneignungen I: Ein Ergebnis der westdeutschen Forschungen war diese neue Karte von Fangplätzen und Schleppstrecken, die frühere Karten präzisierete. Quelle: Künzel/Löwenberg/Weber, „Demersal Fish Resources of the Mahé Plateau/Seychelles“, Archiv für Fischereiwissenschaft 324 (1983): 1–22, 3.

weiter problematisiert wurde.⁷⁰ Hinzu kamen eine anziehende Inflation und zunehmende politische Proteste, auf welche die Regierung mit langen Ausgangssperren und immer restriktiveren Maßnahmen antwortete. Im November 1981 schließlich führte ein Putschversuch dazu, dass die Regierung das Kriegsrecht verhängte. Als die Kutter zur gleichen Zeit von einer Forschungsfahrt zurückkehrten, wurden sie von der Marine aufgebracht und ihre Besatzungen bedroht. Da sich mittlerweile auch herausgestellt hatte, dass die Reeder zu hohe Charterforderungen für eine Verlängerung des Forschungsprojekt stellten, orderte Projektleiter Steinberg die Kutter zurück in die Bundesrepublik. Und so verließen sie am 17. Dezember 1981 die Seychellen wieder.

Welche Ergebnisse lieferte das deutsche Fischereiforschungsprojekt? Zunächst einmal erweiterten die westdeutschen Forschungen das vorhandene Wissen über Umfang, Verteilung und Fangbarkeit der allgemein in der seychel-

⁷⁰ Vgl. Zwischenbericht zum Stand des Fischereivorhabens im Seegebiet der Seychellen (Oktober 1981), B 116/65420, Bundesarchiv Koblenz.

lischen Wirtschaftszone vorkommenden Fischvorkommen. Die Meeresforscher präzisierten in diesem Zusammenhang die vorhandenen Meereskarten und erweiterten das Wissen um geeignete Schleppstrecken für den Fang mit Grundschleppnetzen (vgl. Abbildung 2). Verglichen mit dem im Rahmen des „*West Indian Ocean Survey*“ angefertigten Kartenmaterial visualisierte die Karte der westdeutschen Forscher nicht nur punktuelle Fangplätze, sondern weitaus größere Fangzonen, die sich mit Grundschleppnetzen befischen ließen. Zudem führte sie nordwestlich und nordöstlich von Port Victoria auch neue Zonen und Fangplätze auf. Zweitens lieferte das Projekt den endgültigen Nachweis, dass es – mit Ausnahme von Thunfisch – kaum ausreichende Mengen an weltmarktfähigen pelagischen Fischarten um die Seychellen zu fangen gab. In ihrem Abschlussbericht unterschieden die Fischereiexperten zwischen „*big marketable fish*“, „*small marketable fish*“ und „*trash fish*“ und identifizierten mehrere Dutzend verschiedener Fischarten. Die Dichte an fangbarem Fisch schätzten die Experten jedoch als gering ein. Insgesamt berechneten sie für das Mahé-Plateau eine Biomasse von lediglich 51 000 Tonnen, die sich für den Grundschleppfang eigneten, und bestimmten einen *Maximum Sustainable Yield* von 21 000 Tonnen im Jahr. Eine kommerzielle Grundschleppnetz-Fischerei könne vor diesem Hintergrund nicht empfohlen werden, so das Fazit der Forscher.⁷¹ Damit veränderte sich nach den großen Erwartungen, die Politik und Ministerien 1977/78 noch gehegt hatten, auch die Bewertung der ressourcenpolitischen und geostrategischen Bedeutung der Seychellen.

Andererseits demonstrierte das Projekt, drittens, die möglichen Potenziale einer industriellen Befischung von Thunfisch im Gebiet der Seychellen. Die Bundesrepublik schied hier als Wettbewerber aus, denn sie verfügte über keine eigene Flotte im Thunfischfang. Anders sah die Lage aber aus Sicht Frankreichs aus. Mittlerweile war das bereits erwähnte französisch-seychellische Joint Venture angelaufen, im Rahmen dessen Frankreich vier neue, nach japanischem Vorbild gebaute Haken- und Langleinen-Thunfänger zur Verfügung stellte. Allerdings endete das Projekt 1980/1981 in einem völligen Fiasko. Verantwortlich dafür waren vor allem falsche Wissensannahmen über den Ressourcenraum der Seychellen. Als französische Fischereiexperten 1977 die Gründung des Joint Ventures empfahlen, verzichteten sie auf systematische wissenschaftliche Erhebungen und operierten größtenteils mit Alltagsannahmen. Eine Befischung mittels der Ringwadenfischerei (*Purse Seining*) schlossen sie aus, da ihnen Wellengang, Winde und Strömungen dafür nicht geeignet schienen. Das Projekt setzte daher auf die Haken- und Langleinen-Technik, für die ausreichende Mengen an

⁷¹ Vgl. Künzel/Löwenberg/Weber, „Demersal Fish Resources of the Mahé Plateau/Seychelles“, *Archiv für Fischereiwissenschaft* 324 (1983): 1–22.

Lebendködern essentiell waren. Ohne genaue Bestandserhebungen durchzuführen, schätzten die Experten die Fischbestände rund um die Seychellen als ausreichend ein, um die nötigen Lebendköder zu fangen.⁷² Tatsächlich wurde die Beschaffung dieser Köder jedoch schnell zu einem zentralen Problem. Geeignete Schwärme waren schwer zu lokalisieren und, wenn sie einmal gefangen waren, zu fragil, um längere Zeit in den Wassertanks zu überleben. Die Folge war, dass die vier Schiffe immer mehr Zeit dafür aufwenden mussten, um Lebendköder zu fangen. Analog dazu fielen die Erträge im Thunfischfang, die mit insgesamt 370 Tonnen weit von den projektierten 4000 Tonnen entfernt und damit viel zu gering waren, um die hohen Kosten für Betrieb und Personal decken zu können. Schon nach kurzer Zeit wurde das Projekt daher wieder eingestellt.⁷³

Stattdessen führten französische Fischereiexperten nun erstmals Fangexperimente mittels der Ringwaden-Fischerei durch. Bei dieser Fangtechnik werden Fischschwärme von einem Netz eingekreist, welches sich unten zuziehen lässt, und dann wie in einem Beutel aus dem Wasser gehoben wird. Unter der Leitung des französischen *Office de la Recherche Scientifique et Technique Outre-mer* (ORSTOM) führte das Forschungsschiff „Île de Seine“ zwischen Dezember 1980 und März 1981 erstmals Fangexperimente mittels dieser Technik vor den Seychellen durch. Das Fangergebnis von knapp 500 Tonnen bestätigte die großen Erwartungen, die allseits in den Thunfischfang in der Wirtschaftszone der Seychellen gesetzt wurden. Französische Meeresforscher beobachteten dabei, dass Treibgut wie Bambusrohre oder Baumstämme von den ostafrikanischen Küsten große Thunfischpopulationen anzogen – eine Erkenntnis, die den westdeutschen Forschern entgangen war.⁷⁴ Die hervorragenden Erträge dieser ersten Fangexperimente mit der Ringwaden-Fischerei führten dazu, dass ORSTOM für den Zeitraum November 1981 bis Juni 1982 ein weiteres Fischereiprojekt mit der seychellischen Regierung vereinbarte. Geschickt wurde nun die „Yves de Ker-guelen“. Mit einem Fassungsvermögen von 800 Tonnen Gefrierkapazität, einem eigenen Helikopter zur Lokalisierung von Thunfischschwärmen und einem Ringwadennetz von 1500 x 185 Metern markierte dieses Fischereiforschungsprojekt eine neue Dimension und stieß mit einem Gesamtfang von 1370 Tonnen das Tor zum kommerziellen Thunfischfang weit auf. Im Dezember 1982 folgte

⁷² Vgl. Marsac u. a., *L'Or Bleu des Seychelles*, 61.

⁷³ Zu den Zahlen vgl. ebd., 70. Vgl. auch Steinberg, Bericht über den 1. Abschnitt des Seychellen-Fischerei-Projektes (Januar 1981 bis Mitte April 1981), 27. April 1981, B 116/65420, Heft 8: Kooperation Seychellen, Bundesarchiv Koblenz.

⁷⁴ Vgl. Stéquert/Marsac, „Tropical Tuna-Surface Fisheries in the Indian Ocean“, FAO Fisheries Technical Paper Nr. 282, 1989, 147.

schließlich ein drittes, nun einjähriges Forschungsprojekt, das den endgültigen Beweis für die Rentabilität des kommerziellen Thunfischfangs im westlichen Indischen Ozean erbringen sollte. Im Rahmen des Projekts befischte eine Flotte von vier Thunfängern ein weiträumiges Gebiet zwischen Madagaskar, den Seychellen, Somalia und den Chagos-Inseln.

Wie ihre deutschen Kollegen erhoben die Meeresforscher des ORSTOM während der jeweiligen Forschungskampagnen umfassende Daten. So erfassten sie etwa die Windrichtungen in verschiedenen Zeiträumen, die Schwankungen von Strömungen, die Oberflächentemperaturen in unterschiedlichen Gebieten und die dynamischen Temperaturveränderungen in der Tiefe (Thermokline und Sprungschicht). Auch die Erträge, Thunfischkonzentrationen, saisonalen Schwankungen und nötigen Fangtage an den jeweiligen Fangplätzen wurden dokumentiert. Die Forscher arbeiteten dabei mit Methoden des stratifizierten Samplings, mittels dessen Teilgebiete stichprobenartig erfasst wurden. Hinzu kam die Ortung von Schwärmen aus der Luft mithilfe des Helikopters und eines kleinen Flugzeugs.

Die Erkenntnisse der Meeresforscher hielten Eingang in neue Meereskarten, die das komplexe marine Geschehen im Indischen Ozean abbilden und veranschaulichen wollten. Damit entstand zugleich ein immer präziser werdendes Raumbild, das Muster aufzeigte und sichtbar machte.⁷⁵ So visualisierten die im Rahmen des zweiten Forschungsprojekts mit der „Yves de Kerguelen“ angefertigten Karten insbesondere zwei Gebiete, in denen es zwischen Dezember und März zu hohen Thunfischkonzentrationen kam. Andere Karten aus der gleichen Forschungskampagne visualisierten produktive Fanggebiete über das ganze Jahr hinweg und zeigten, in welchen Gebieten sich welche Art von Thunfischfang lohnte.⁷⁶

Solche Karten lassen sich als Formen der Raumanerkennung verstehen, die versuchten, der dynamischen Mobilität der Thunfischschwärme gerecht zu werden. Forscher und Unternehmen mussten zunächst lernen, den Raum und das Migrationsverhalten der Thunfische richtig zu lesen. Wassertemperaturen, Sauerstoffgehalt, Nährstoffgehalt, Lage der Sprungschicht, Strömungen, Winde und die Zugrichtungen anderer Fischschwärme hatten Einfluss darauf, in welchen Gebieten sich größere Thunfischschwärme zu unterschiedlichen Zeiten

⁷⁵ Vgl. hierzu auch den Beitrag von Katrin Kleemann in diesem Band sowie Iris Schröder, „Von der Ordnung zur Unordnung zur Umordnung“, in: Wolfgang Struck et al., *Karten-Meere. Eine Welterzeugung* (Wiesbaden: Corso, 2020), 88–107.

⁷⁶ Vgl. Bernard Stequert und Francis Marsac, *Pêche Thornière à la Senne: Expérience dans l'océan Indien* (Paris: Éditions de L'Office de la Recherche Scientifique et technique Outre-Mer, 1983).

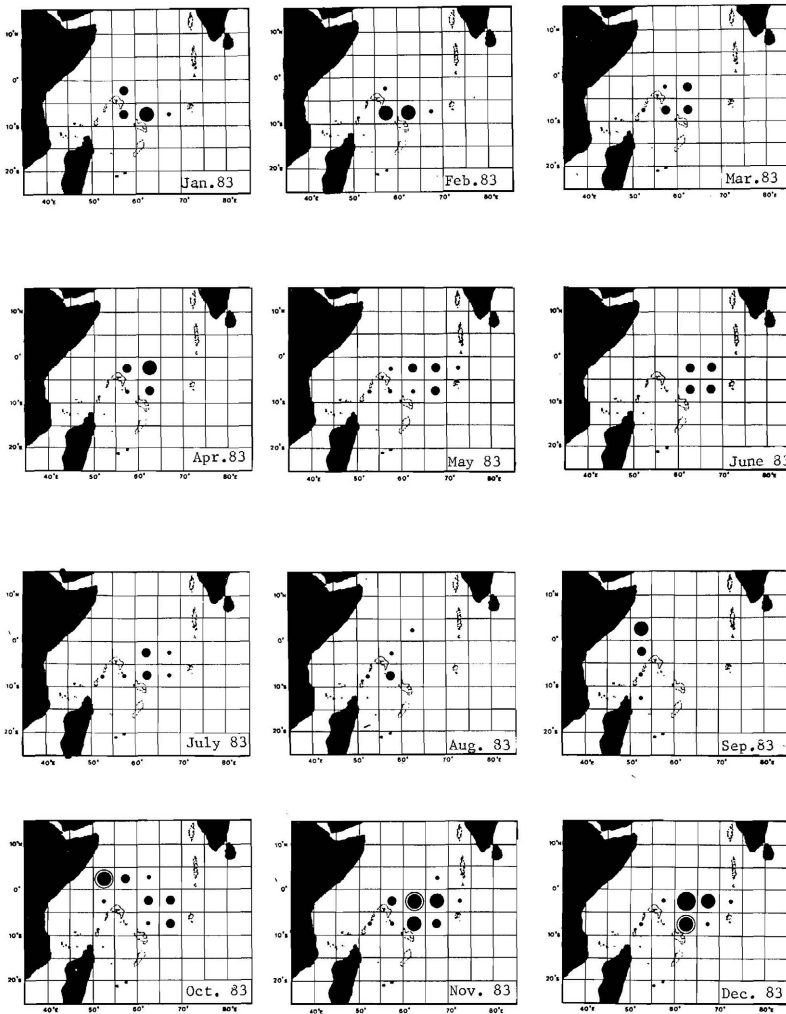


Abb. 3: Raumaneignungen II: Ausweitung der Thunfisch-Fangmengen innerhalb und außerhalb der Wirtschaftszonen der Seychellen zwischen Januar 1982 und Dezember 1984. Die beiden kleinsten Punkte zeigen Fangmengen bis zu 100 bzw. 500 Tonnen an, mittelgroße Punkte Fangmengen im Bereich 500 bis 1000 Tonnen, umrandete große Punkte Mengen von 1000 Tonnen bis 2000 Tonnen, nicht umrandete große Punkte Mengen von über 2000 Tonnen Gesamtfang. Die Karten dokumentieren einerseits die Ausweitung des kommerziellen Fischfangs, konstruieren die Gewässer um die Seychellen andererseits aber auch als einen marinen Ressourcenraum und stehen so für eine Ökonomisierung der Raumbetrachtung. Quelle: Stéquert/Marsac, „Tropical Tuna-Surface Fisheries in the Indian Ocean“, FAO Fisheries Technical Paper Nr. 282 (1989): 183 ff.

aufhielten. Karten bündelten und visualisierten das dabei entstehende Wissen um räumliche Verteilungen und saisonale Schwankungen. So stellten im Kontext eines FAO *Fisheries Technical Papers* publizierte monatliche Karten auf einem Gitternetz Fangmengen mittels entsprechend großer Punkte dar (vgl. Abbildung 4). Aus dem Querschnitt über die Monate hinweg konnten so die Migrationsbewegungen von Thunfischschwärmen nachvollzogen und besonders lukrative Fangzonen identifiziert werden. Zugleich standen diese Karten der Forscher in einer langen Tradition der Verwendung von Karten als „Kulturtechnik der Raumkonstituierung.“⁷⁷ Sie fungierten als bildgebende Verfahren, die den marinen Raum um die Seychellen herum nicht allein als vielversprechenden Ressourcenraum sichtbar machten, sondern zugleich als solchen konstruierten. Was sie zeigten, waren Potenziale und Versprechungen für die Zukunft. So trugen sie auch zu einer Ökonomisierung der Raumbetrachtung bei, die ganz auf die kommerzielle Ausbeutbarkeit der Thunfischbestände rund um die Seychellen hin angelegt war.

Tatsächlich etablierte sich der kommerzielle Thunfischfang im Nachgang zu den französischen Forschungskampagnen mit einer rasanten Geschwindigkeit: der Thunfisch wurde zum „blauen Gold“⁷⁸ der Seychellen, aber auch Frankreichs. 1983 verlegten französische Fischereiunternehmen einen Großteil ihrer Thunfisch-Fangflotte aus dem östlichen Atlantik in die Gewässer der Seychellen und weiteten ihre Flotte, flankiert durch Fischereiabkommen zwischen den Seychellen und der Europäischen Gemeinschaft, in den folgenden Jahren aus. Im November 1983 waren zehn französische *Purse Seiner* im Einsatz um die Seychellen, im Dezember 1984 waren es schon 26 Schiffe. Analog dazu stiegen die Fangmengen. Hatten Thunfänger im Jahr 1979 gerade einmal 44 Tonnen Thunfisch in der seychellischen Wirtschaftszone gefangen, waren es im Jahr 1984 über 30 000 Tonnen, 1988 um die 50 000 Tonnen und im Jahr 2000 fast 100 000 Tonnen – fast 10 % des gesamten Thunfangs im Westindischen Ozean.⁷⁹ Damit entwickelten sich die Seychellen allmählich auch zum Hauptstützpunkt der europäischen Fischereiflotte im Thunfischfang und machten einen stetig wachsenden Großteil der Thunfischimporte der EG/EU aus.

⁷⁷ Jureit, *Das Ordnen von Räumen*, 46.

⁷⁸ Francis Marsac u. a., *L'Or Bleu des Seychelles*.

⁷⁹ Daten aus: Marsac u. a., *L'Or Bleu des Seychelles*, Kapitel 6 und Kapitel 8.

Schluss

Die Geschichte der westdeutschen und französischen Fischereiforschungsprojekte auf den Seychellen akzentuiert auf unterschiedlichen Ebenen die Rolle und Bedeutung von Ressourcenräumen in den internationalen Beziehungen. Erstens schufen die seerechtlichen Entwicklungen und Verregelungen die Voraussetzung für die Konstituierung von Ressourcenräumen. Waren die marinen Ressourcen seewärts der Küstengewässer bis zur Einführung der Ausschließlichen Wirtschaftszonen ein *open access good* gewesen, unterlagen sie ab Mitte der 1970er Jahre der Souveränität der Küstenstaaten. Dieser Prozess der Nationalisierung von Meeresgebieten entsprach einer Quasi-Territorialisierung und wurde insbesondere von denjenigen Staaten, die selbst über keine oder kurze Küsten verfügten, als „Landnahme zur See“⁸⁰ kritisiert. Dabei war das Konstrukt einer Wirtschaftszone, für die die Staaten eben nur mit einer Teilsouveränität ausgestattet waren, für die Industriestaaten günstig, da die Durchfahrtsrechte vor fremden Küsten erhalten blieben, in den eigenen Gewässern aber exklusive Nutzungsrechte für die darin befindlichen Ressourcen verbriefte waren. Sie waren also in zweierlei Hinsicht geopolitisch von Vorteil. Für postkoloniale Staaten hingegen stellten diese Meereszonen ein wichtiges Element in ihrem Streben nach postkolonialer Ressourcensouveränität dar und besaßen deswegen auch einen hohen symbolischen Wert. Und so opferten die postkolonialen Küstenstaaten die vielbeschworene solidarische Einheit der „Dritten Welt“, indem sie die von den Binnenstaaten eingeforderten Teilhaberechte an Meeres-schätzen zurückwiesen.⁸¹ Zu verlockend war die Aussicht, sich eigene Ressourcenräume zu sichern und die eigenen Handlungsspielräume zu erweitern. Denn mit der Verfügungsgewalt über Meeresräume von teils beträchtlicher Ausdehnung bauten die postkolonialen Staaten nicht nur ihre Ressourcen-, sondern auch ihre Verhandlungsmacht aus. Für viele dieser Staaten begann mit der Einrichtung der AWZ überhaupt erst der Aufbau einer industriellen Fischerei. Zugleich verfügten sie nun über das Recht, zu bestimmen, wer in ihren Meeresgebieten explorieren und exploitierten durfte.

Zweitens illustrieren die Fischereiforschungsprojekte grundlegende Mechanismen ‚weicher‘ Geopolitik. Annahmen über den Fischreichtum der Seychellen bei gleichzeitig sinkenden Fangerträgen in klassischen Fanggebieten machten

⁸⁰ So der damalige Ministerpräsident Schleswig-Holsteins, vgl. Jürgen Westphal, „Seeräuberei unter der Flagge der UN“, *Die ZEIT*, 23. November 1979.

⁸¹ Vgl. Johanna Sackel, „Solidarität vs. Ressourcensouveränität? Die dritte Seerechtskonferenz als Herausforderung für die Süd-Süd-Beziehungen“, in: Fiebrig/Dinkel/Reichherzer, *Nord/Süd*, 405–421.

die Seychellen in den Jahren um 1980 für die Bundesrepublik wie für Frankreich zu einem wirtschaftsstrategisch wichtigen Gebiet. Fischereiforschungsprojekte sollten diese Erwartungen einerseits verifizieren, andererseits aber auch den Zugang zur kommerziellen Befischung der Gewässer um die Seychellen eröffnen. Dabei wurde im Fall der Bundesrepublik schnell deutlich, dass die Erwartungen an den Fischreichtum überzogen waren. Im Rückblick reiht sich das westdeutsche Fischereiprojekt mit den Seychellen so in eine lange Geschichte fehlgeschlagener und von übermäßigen Erwartungen überladener Fischereiprojekte mit anderen Küstenstaaten ein. Das Fischereiforschungsprojekt führte zu keinem gemeinsamen deutsch-seychellischen Joint Venture und keinen kommerziellen Fischereilizenzen für die westdeutsche Hochseefischerei, verursachte aber Kosten in Millionenhöhe. Gleichwohl zeigt das Projekt, wie sehr strategische Bewertungen von Räumen abhängig sind von Wissensannahmen und Erwartungen über die Verfügbarkeit und kommerzielle Nutzbarkeit von Ressourcen. Für eine kurze Zeit, von Januar bis Dezember 1978, schienen die Seychellen ein erhsehnter Rettungsanker für die westdeutsche Fischerei zu sein und wurden als geopolitisch relevant eingeschätzt. Als erste wissenschaftliche Erhebungen diese Erwartungen zerstreuten, diente das Fischereiforschungsprojekt nicht mehr geopolitischen Zielsetzungen, sondern sollte den grundsätzlichen politischen Einfluss der BRD sichern.

Anders sah das Bild aus Sicht Frankreichs aus, das sich der gleichen Mechanismen bediente. Hier zahlten sich die hohen Investitionen in die verschiedenen Forschungskampagnen aus, wiesen diese doch den enormen, in diesem Ausmaß nicht erwarteten Umfang der Thunfischbestände nach. Die Forschungskampagnen schufen wichtige Pfadabhängigkeiten und öffneten der französischen Thunfischindustrie tatsächlich den Zugang zur Wirtschaftszone der Seychellen. Im globalen Wettbewerb um die marinen Ressourcen der Seychellen waren die französischen Forschungskampagnen der entscheidende Faktor, um vor allem die asiatischen Wettbewerber aus dem Geschäft zu drängen.⁸² Am Beispiel der westdeutschen und französischen Projekte zeigen sich so auch Konturen einer globalen, ressourcenorientierten Geopolitik mit wissenschaftlichen Mitteln.

Drittens zeigen sich am Beispiel der westdeutschen und französischen Fischereiforschungsprojekte die verschiedenen Strategien der Raumaneignung, mittels derer westdeutsche und französische Fischereiexperten versuchten, den marinen Raum zu verstehen und seine kommerziellen Potenziale zu taxieren.

⁸² Japanische und südkoreanische Unternehmen erhielten gleichwohl Lizenzen für die Befischung der Wirtschaftszone, setzten jedoch vor allem auf den Fang mittels *Longline*-Technik, die wesentlich geringere Umsätze erzielte.

Probefänge, *surveys*, Messungen und Karten sollten das nötige Raum- und Umweltwissen aufbauen und schrieben damit einen ökonomischen Blick auf die Seychellen als einen vielversprechenden Ressourcenraum fest. Sie waren zugleich das eigentliche Medium, mittels dessen sich die Kontrolle des Raumes und seine Aneignung im Sinne einer schleichenden Inbesitznahme vollzog.

Für die Seychellen hatte der in den frühen 1980er Jahren eingeschlagene Weg der Kommerzialisierung des Fischfangs ambivalente Folgen. Die enormen Thunfischbestände in Kombination mit einer weitgestreckten Wirtschaftszone machten das Land zu einem attraktiven Partner für Fischereiabkommen und spülten mittels der vereinbarten Lizenzzahlungen Geld in die Staatskasse. Der Bau einer Thunfischkonservenfabrik Mitte der 1980er, eine der größten der Welt, schuf Arbeitsplätze und machte Port Victoria zu einem Hauptstandort der globalen Thunfischindustrie. Seit den 1980er Jahren übersetzen sich diese Entwicklungen zusammen mit dem anziehenden Tourismus in ein steigendes Pro-Kopf-Einkommen, das seit vielen Jahren weit über dem Durchschnitt afrikanischer Länder liegt. Andererseits lassen sich die Schattenseiten des Thunfischbooms nicht übersehen. Von den anvisierten Joint Ventures, auf denen die Regierung zu Beginn der 1980er Jahre noch bestanden hatte, wurden zunächst keine gegründet. Eine eigene Flotte wurde nach dem fehlgeschlagenen und teuren Experiment mit den vier *Pole-and-Line*-Fängern nur zögerlich aufgebaut, war aber viel zu klein, um Fangmengen und Gewinnmargen europäischer Unternehmen zu erreichen. Mittlerweile scheint sich auch die an unzähligen anderen Orten bereits erlebte Geschichte von Überfischung, Bestandsschrumpfung und langsamem Versiegen der Meeresressourcen zu wiederholen. Glaubt man der *Indian Ocean Tuna Commission*, ist der Bestand des Albacore-Thuns seit 1980 um 50 % reduziert worden, während der Gelbflossenthun mittlerweile dramatisch überfischt ist und sich die Bestände kaum noch regenerieren können.⁸³ So droht auch den Seychellen mittelfristig eine Fischerei- und Ressourcenkrise, die schon Mitte der 1970er Jahre der Anlass für westdeutsche und französische Regierungen war, sich auf die Suche nach neuen Fanggebieten zu begeben.

⁸³ Vgl. Indian Ocean Tuna Commission, Report of the 22nd Session of the IOTC Scientific Committee, 2–6 December 2019, 79 ff.